

# Die Bremer Linksradikalen

Aus der Geschichte  
der Bremer Arbeiterbewegung  
bis 1920

(Zweite, erweiterte Auflage)

Herausgegeben von der  
Gruppe Arbeiterpolitik

# **Die Bremer Linksradikalen**

**Aus der Geschichte  
der Bremer Arbeiterbewegung  
bis 1920**

**(Zweite, erweiterte Auflage)**

**Herausgegeben von der  
Gruppe Arbeiterpolitik**



# Vorwort zur ersten Auflage

Über die Geschichte der Bremer Linken ist bisher – trotz ihrer Bedeutung – keine angemessene Veröffentlichung erschienen. Unsere kurze historische Übersicht soll einen Einblick in diese Bewegung geben. Die rückblickende Betrachtung ist zweifellos interessant. Die Erfahrungen aus der Vorkriegssozialdemokratie und der Zeit des 1. Weltkrieges lassen sich jedoch nicht konkret auf die Gegenwart übertragen. Uns kommt es darauf an zu zeigen, wie aus den materiellen Bedingungen die Bewegung der Arbeiterschaft entstand, wie sich in diesen Kämpfen der kommunistische Kader als Teil dieser Bewegung entwickelte, wie dieser Kader durch seine theoretische Entwicklung auf die Bewegung Einfluß erhielt und in die Räterepublik zu führen vermochte.

Heute, wo erste Ansätze einer neuen Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zu finden sind, werden die Fragen: Wie entsteht Bewegung? – Welche Bedeutung kommt den Kadern zu? – Welche Rolle spielen die Intellektuellen? – ausgiebig diskutiert. Die fortgeschrittenen Studenten, die erkannt haben, daß letztlich ihre Vorstellungen von der Universität nur im Sozialismus verwirklicht werden können, – dieser aber nur durch die Macht der kämpfenden Arbeiterklasse erreicht werden kann – suchen Kontakte zu den Arbeitern und stoßen dabei auf Schwierigkeiten; denn die Studenten kennen nicht die Verhältnisse der arbeitenden Klasse und können sich nicht in die Mentalität der Arbeiter hineinversetzen. Die historischen Fakten, die in dieser Schrift dargelegt werden, zeigen, daß die Intellektuellen, die sich auf den Boden der Arbeiterklasse gestellt haben für diese Klasse im Kampf für den Sozialismus eine große Bedeutung haben.

Die Bremer Lehrer, die Anfang unseres Jahrhunderts aufgrund der Verschärfung der Gegensätze in der Schulpolitik politisiert wurden und zur Sozialdemokratie stießen, sahen in der damals kämpfenden Arbeiterklasse die entscheidende Kraft für den gesellschaftlichen Fortschritt. Die Lehrer setzten sich dafür ein, dieser aufstrebenden, bildungshungrigen Klasse voranzuhelfen. Sie stellten sich ganz auf den Boden dieser Klasse und wurden führende Köpfe der Arbeiterbewegung. Als Teil der Bewegung

wurden sie von den für den Sozialismus kämpfenden Arbeitern verehrt. Die revolutionären Studenten an den Universitäten haben heute Aufgaben, die im Prinzip denen von Pannekoek, Knief, Eildermann, Böse, Rumpf, Holzmeier und Hurrelmeyer entsprechen. Bei der Herausbildung und Festigung der Kader kam den Intellektuellen in der Arbeiterbewegung entscheidende Bedeutung zu. Mit der marxistischen Methode waren sie fähig, die gesellschaftlichen Widersprüche zu erkennen und diese den Arbeitern zu vermitteln. Sie erkannten, daß es nicht ihre Aufgabe sein kann, mittels Agitation und Propaganda die Arbeiterschaft in Bewegung zu setzen, sondern, daß diese durch die Veränderung der objektiven Bedingungen in einen immer größeren Gegensatz zur herrschenden Klasse gerät, daß es ihre Aufgabe ist, die fortgeschrittensten Arbeiter mit dem Wissen auszurüsten, das diese befähigt, als Kristallisationskerne in den Betrieben usw. zu wirken. Damit halfen sie der Bremer Arbeiterbewegung, sich von den sozialdemokratischen Schranken zu befreien.

Das historische Beispiel zeigt klar, daß die *Verschärfung der objektiven Widersprüche* die Bewegung hervorbringt. Die Kader geben der Bewegung den politischen Inhalt und die Stabilität. Sie sind der entscheidende Kern im Kampf. Politisch entscheidende Bedeutung erhält die Bewegung durch organisierte Gruppen - im fortgeschrittenen Stadium durch die Partei - die die Reife der Bewegung ausdrücken.

Der Klassenkampf forderte von den fortgeschrittenen Arbeitern Einsicht in die Gesetze des Kapitalismus. In einer eigenen Bildungsorganisation eigneten sie sich das von Karl Marx, Friedrich Engels und Rosa Luxemburg erarbeitete Gedankengut an. Die praktischen Klassenauseinandersetzungen, besonders die Werftarbeiterstreiks, bedeuteten für den Kader immer einen Prüfstein für das erworbene Wissen. In diesem Kampf grenzten sich die Linken von den Reformisten und Zentristen (den Verbalrevolutionären) ab und gewannen dadurch die theoretische Klarheit. Sie konnten durch ihr konsequentes Eintreten für die proletarischen Forderungen bei der breiten Arbeiterschaft Vertrauen gewinnen und den Arbeitern bewußt machen, daß der rechte Flügel der Sozialdemokratie, die Reformisten, zu den Hemmnissen der bürgerlichen Gesellschaft zu rechnen ist, die überwunden werden müssen.

In jahrzehntelangem politischen Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung hat Heinrich Brandler (der in jungen Jahren auch von der Bremer Arbeiterbewegung geprägt wurde) Erfahrungen gesammelt, aus denen er nach dem 2. Weltkrieg die wichtige Schlußfolgerung zog, daß die zentrale Aufgabe der Kommunisten die Lösung der Kaderfrage ist:

Unter den komplizierten westeuropäischen Klassenbeziehungen brauchen wir heute (besonders in der Bundesrepublik), selbständig denkende Kader, die handeln können, ohne auf Anweisung von oben, von einer zentralen Stelle, warten zu müssen. Die Geschichte Westeuropas und der deutschen Arbeiterklasse im besonderen hat ein Proletariat hervorgebracht, das sich

diese Selbständigkeit sehr wohl erwerben kann. Es ist unsere Aufgabe, die Arbeit so zu organisieren, daß für den fortgeschrittensten und opferbereitesten Teil der jüngeren Generation der deutschen Arbeiter die Möglichkeit zum Erwerb dieser Qualifikation geschaffen wird. Wenn wir fähig sind, diese Aufgabe zu lösen, beginnen wir die Vorbereitungen der großen Kämpfe an dem entscheidenden Ausgangspunkt. Haben die Kader gelernt, die Entwicklung der Zeitereignisse mit der Methode des historischen Materialismus zu begreifen und ihren Klassengenossen begreiflich zu machen, dann werden sie fähig, selbständig Stellung zu nehmen, unter den schwierigsten Bedingungen die richtigen Maßnahmen zu treffen und der kampfbereiten Masse Hilfe und Führung zu geben. Wir müssen höchstwahrscheinlich in der Bundesrepublik mit Verhältnissen rechnen, wo es nicht möglich sein wird, von einer engen zentralen Leitung in der Aktion alle notwendigen Maßnahmen rechtzeitig und an den verschiedenen Orten in die Wege zu leiten. Durch die historische Entwicklung sind die lokalen Bindungen so verschieden, daß zentrale Leitungen in der entscheidenden vorbereitenden Periode sie nicht bewältigen können. Eine Kaderorganisation, die so sattelfest im Grundsätzlichen und vertraut mit der Geschichte der Arbeiterbewegung ist, wird auf dieser Basis fähig sein zu handeln, ganz gleich, wie die verschiedenen lokalen Verhältnisse oder wie schwierig die Verbindungsmöglichkeiten auch sein werden.

6. April 1969  
Bremer Gruppe Arbeiterpolitik

## Vorwort zur zweiten Auflage

In der vorliegenden Neuauflage ist die Auseinandersetzung in der kommunistischen Bewegung in der Zeit nach der Revolution 1918/19 zusätzlich aufgenommen worden. Dadurch, daß die sozialdemokratische Reichsregierung der Reichswehr den Befehl gegeben hatte, die Räteregierungen zu zerschlagen, war der Riß in der deutschen Arbeiterbewegung vertieft worden. So stand vor den Kommunisten die vordringliche Aufgabe, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den revolutionären Ausweg zu gewinnen.

In der jungen KPD wurde um die Frage gerungen. Die Beteiligung an den parlamentarischen Wahlen und die Arbeit in den Gewerkschaften waren zentrale Punkte. Die Bremer Linksradikalen zeigten hierbei ihre schwache Seite. Die theoretisch führenden Genossen der Bremer Linksradikalen hatten aus den negativen Erfahrungen mit der Gewerkschaftsbürokratie schon vor dem ersten Weltkrieg den Schluß gezogen, daß die Gewerkschaften den Arbeitern nicht mehr dienlich seien. Pannekoek, Radek, Knief und Frölich hatten die Bedeutung der Gewerkschaften für die Arbeiterbewegung nicht erkannt. Die Linksradikalen hatten sich über die Kritik an der reformistischen und opportunistischen Praxis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften politisch entwickelt und damit die theoretischen und organisatorischen Grundlagen für die kommunistische Organisation mit geschaffen. Sie hatten an der Spitze der revolutionären Bremer Arbeiter die Räterepublik errichtet. Doch die Spaltung der Arbeiterklasse erforderte nun eine Antwort der Kommunisten, die Spaltung unter revolutionärer Zielsetzung zu überwinden.

Die Stimmung unter den besiegten revolutionären Arbeitern in Bremen war jedoch: Nie wieder unter die Fuchtel der Bonzen! Keine Gemeinsamkeit mit den Schlächtern der Revolution. Sie glaubten, in eigenen ökonomischen Kampforganisationen besser für ihre Interessen kämpfen zu können. So bildeten das theoretische Unverständnis des Kaders und die Stimmung des revolutionären Teils der Arbeiter eine Barriere, die erst langsam – auch unter dem Druck eigener negativer Erfahrungen – überwunden wurde. Dann kam auch in Bremen die Politik der KPD zum Zuge, die davon ausging, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse nur gewonnen werden kann, d.h. die Lösung der Mehrheit der Arbeiter aus ihrem sozialdemokratischen Denken und Handeln nur erreicht werden kann in gemeinsamen Kämpfen, in denen die Arbeiter überzeugt werden, daß sie über den bloßen Kampf im Rahmen des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft, also über den bloßen Tageskampf hinausgehen müssen. Der Arbeit in den gemeinsamen Klassenorganisationen, in denen die Arbeiter einheitlich handeln konnten, wie es besonders die Gewerkschaften, aber auch die Konsumgenossenschaften und die proletarischen Kulturorganisationen waren, kam nun besondere Bedeutung zu.

Wie die Geschichte zeigt, waren damit die Auseinandersetzungen um die Politik der KPD keineswegs abgeschlossen. Das Beispiel der siegreichen russischen Oktoberrevolution und die Niederlage des deutschen Proletariats hemmten bei der Übertragung der russischen Erfahrungen, das Allgemeine vom Besonderen zu trennen: Die Menschewiki, nicht verwurzelt in der russischen Arbeiterklasse, konnten von den Bolschewiki leicht überwunden werden; in Deutschland waren die Reformisten jedoch eng verbunden mit der Arbeiterklasse. Im Kampf um die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse entstanden in der KPD besonders zwei Flügel:

Der eine ging aus von der besonderen Lage der deutschen Arbeiterklasse und der andere wollte es so machen wie die siegreichen Bolschewiki im Kampf gegen die Menschewiki.

War in den zwanziger Jahren die Gewerkschaftsfrage Angelpunkt kommunistischer Politik in Deutschland, so ist sie heute erst recht die zentrale Frage klassenbewußter Genossen. Heute muß sich erst wieder Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse herausbilden. Die deutsche Arbeiterklasse hat die kampflose Niederlage von 1933 gegenüber den Faschisten noch nicht überwunden. Die Befriedigung individueller Wünsche breiter Teile der Bevölkerung zur Zeit der Hochkonjunktur in den sechziger Jahren hat solidarisches Handeln nicht notwendig gemacht und politischem Denken entgegengewirkt. Hinzu kommt, daß sich der beschwerliche Aufbau in der Sowjetunion hemmend auf die kommunistische Bewegung der hochindustrialisierten Staaten des Westens auswirkt. Das Beispiel der DDR erschwert zusätzlich in der Bundesrepublik, die Arbeiter sozialistischem Gedankengut zugänglich zu machen. Es ist die bürokratische Form, die von oben her bestimmt, reglementiert und den selbständigen, schöpferischen Beitrag des Menschen beim Aufbau des Sozialismus nicht zuläßt.

So können die breiten werktätigen Massen in der Bundesrepublik Deutschland Klassenbewußtsein vor allem über die gewerkschaftlichen Kämpfe erwerben. Die Führungen dieser Gewerkschaften sind jedoch wie in der Burgfriedenspolitik im ersten Weltkrieg, wie beim Betriebsrätegesetz 1920, wie bei der kampflosen Kapitulation 1933 vor den Nazis, wie 1945 bei der Unterwerfung unter die alliierten Siegermächte auch heute auf Partnerschaft mit dem Kapital festgelegt, an diese Gesellschaftsordnung gekettet und stets darauf aus, Keime selbständigen Denkens und Handelns zu zertreten. Wir denken nur daran, wie der IGM-Vorstand im Stahlarbeiterstreik die kritischen Mitglieder öffentlich als Chaoten abstempelte. So ist es nicht verwunderlich, daß Teile der Studenten- und Lehrlingsbewegung, die sich vom Kapitalismus lossagten, dieser Gewerkschaftsbürokratie ohnmächtig gegenüberstehen und in alte, längst überwundene Fehler der Kommunisten zurückfallen, wie z.B. der RGO.

Aufgehoben werden kann der gegenwärtige Zustand, in dem sich die Arbeiterbewegung befindet, nur politisch, indem die Einsichten in die gesellschaftlichen Zusammenhänge vertieft und politische Kerne in den Betrieben geschaffen werden - eine Voraussetzung für den politischen Kampf.

6. November 1979  
Bremer Gruppe Arbeiterpolitik

# Die Entwicklung der Bremer Linksradikalen

Im 19. Jahrhundert war Bremen eine Kaufmanns- und Handwerkerstadt. In der bremischen Industrie bestimmten lange Zeit hindurch Kleinbetriebe der Tabak- und Zigarrenfabrikation, der Farbenherstellung, der Textilindustrie und der Branntweinindustrie, Segelmachereien, Seilmacherbetriebe, Weizen- und Ölmühlen das Bild. Durch die starke Expansion des deutschen Kapitalismus änderte sich die bremische Wirtschaftsstruktur um die Jahrhundertwende grundlegend. 1882 wurde die Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei in Delmenhorst und 1897 die Jutespinnerei und Weberei gegründet. In den Jahren 1901 bis 1905 entstand die moderne Werftanlage der AG "Weser", die in der Folgezeit bis zur Hälfte mit Rüstungsaufträgen ausgelastet war. Die Öl- und die Weizenmühlen erhielten in dieser Zeit moderne Anlagen. 1901 wurde die Norddeutsche Maschinen- und Armaturenfabrik (Atlas-Werke) gegründet, 1905 die Norddeutsche Automobil und Motoren AG, 1907 die Norddeutsche Waggonfabrik, 1908 die Norddeutsche Hütte und 1911 die Raffinerie am Hafen.

Mit der Wirtschaftsstruktur änderte sich auch die Bevölkerungsstruktur. In der Zeit von 1890 bis 1910 verdoppelte sich die Einwohnerzahl Bremens auf 200 000, die Arbeiterschaft vervierfachte sich auf 34 000. Die Zahl der Bau- und Metallarbeiter wuchs am stärksten. Der Zuwachs ging hauptsächlich auf das Konto der Zuwanderer. Den wandernden Handwerksgesellen bot die schnell wachsende bremische Industrie Arbeitsplätze; deshalb blieben viele von ihnen hier. Die Mehrzahl der zugewanderten Arbeiter kam aus den Gebieten Mittel- und Ostdeutschlands. Im Handwerk aufgewachsen, wurden sie hier aus ihren alten Bindungen herausgerissen und in die kapitalistische Produktionsweise eingegliedert. Sie wurden hart mit der Realität der Klassengegensätze im Kapitalismus konfrontiert. Der Klassenkampf führte sie zur Sozialdemokratie, in der sie die Hauptstütze der revolutionären Kräfte wurden. Da ein Teil der Zuwanderer aus den kleinindustriellen Gebieten Klassenkampf-Erfahrungen und marxistische Bildung in den neuen Wirkungskreis mitbrachte, entwickelte sich in der Sozialdemokratie ein hohes Niveau.

Die verloren gegangenen Bindungen und das Zusammengehörigkeitsgefühl aus der Handwerkszeit übertrugen die Arbeiter auf ihre Partei. Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften waren ihre Organe im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung. Über die Sozialdemokratie erweiterten sie ihr Wissen und erhielten einen Einblick in die gesellschaftlichen Zusammenhänge. Für das einzelne Mitglied begann in der Partei ein neuer Lebensabschnitt: Der Arbeiter begann sein Leben bewußt zu gestalten und er war sich darüber im klaren, daß er alles der Partei verdankte.

In den Jahren 1900 bis 1905 vollzog sich die Bildungsarbeit der Sozialdemokraten innerhalb des bürgerlichen Goethebundes. Für eine selbständige und vertiefte proletarische Bildungsarbeit setzte sich besonders der

von 1904 bis 1909 in Bremen tätige ehemalige Vorsitzende des Hamburger Arbeiterbildungsvereins, Heinrich Brandler, ein. Die russische Revolution von 1905 gab den Anstoß für die Loslösung von der bürgerlichen Bildungsarbeit. Heinrich Schulz begründete vor dem Sozialdemokratischen Verein Bremen (SDVB) den Austritt aus dem Goethebund: Nur durch eine selbständige Bildungsarbeit kann die bürgerliche Ideologie überwunden werden; im Mittelpunkt der Bildungsbemühungen der Arbeiter muß das Studium des Marxismus stehen; die "pädagogische Revolution" ist eine Begleiterscheinung und Folge des Klassenkampfes; fortschrittliche Wissenschaft und Kunst sollen für das Proletariat "Helferin im Klassenkampf" sein. Gegen den Widerstand der rechten Sozialdemokraten um Friedrich Ebert und Hermann Rhein beschloß der SDVB den Austritt aus dem Goethebund. Die Bildungsarbeit wurde im Bildungsausschuß des Gewerkschaftskartells weitergeführt. Sie lag jetzt in den Händen der linken Sozialdemokraten. Vor den Arbeitern referierten hauptsächlich Heinrich Schulz, Alfred Henke, Wilhelm Pieck und der junge Lehrer Johann Knief. Ab 1910 arbeitete der holländische Sozialist Anton Pannekoek hauptamtlich als Lehrer für den Bildungsausschuß. Die Veranstaltungen waren nicht selten von 1200 bis 1500 Teilnehmern besucht. Sogar die Seminare, in denen an 5 bis 10 Abenden sozialwissenschaftliche und marxistische Themen behandelt wurden, hatten eine ständige Teilnehmerzahl von über hundert Personen.

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Linke in Bremen der organisierten Arbeiterjugend. Die Organisation der sozialdemokratischen Jugend war die Junge Garde, bei deren Gründung Heinrich Brandler initiativ mitgewirkt hatte. Für sie wurden marxistische Kurse über den Kampf der Sozialdemokratie, über politische Ökonomie, Geschichte und Kunst abgehalten. Johann Knief war der häufigste Redner in den Bildungsveranstaltungen der Arbeiterjugend, einige fähige junge Genossen wurden auch auf die Parteischule geschickt, auf der Rosa Luxemburg lehrte. Aus dieser Bildungsarbeit gingen führende Köpfe der Bremer Räterepublik von 1919 hervor, wie Adolf Dannat, Johann Brodmerkel, Karl Stucke, Breitmeyer, Braune, Ertinger, Klima, Grabowski.

Von nicht geringer Bedeutung für die Entwicklung der Bremer Sozialdemokratie war die Entwicklung innerhalb der Lehrerschaft. Als in Preußen klerikale Kräfte ihren Einfluß in der Schule ausdehnen wollten, kamen auch in der Bremer Schulverwaltung Bestrebungen auf, den traditionell undogmatischen Bremer Unterricht in biblischer Geschichte in einen starren Katechismusunterricht umzuwandeln, in dem die Schüler gezwungen werden sollten, die kirchlichen Dogmen im Sinne der Untertanenerziehung auswendig zu lernen. Die Schulinspektionen wurden in einer für Bremen fremden und unerhörten Art und Weise zur Beeinflussung des Unterrichts im Sinne orthodoxer Kirchenlehren benutzt. Besonders das Vorgehen des Schulinspektors gegen den Schulreformer Wilhelm Scharrelmann brachte eine große Empörung in die bremische Lehrerschaft. Der Bremer Lehrerverein



(BLV) erarbeitete 1905 unter maßgeblicher Beteiligung von Wilhelm Holzmeier eine Denkschrift über die Abschaffung des Religionsunterrichts in der Schule. Diese Forderung begründeten die Lehrer mit dem Stand der naturwissenschaftlichen Forschung.

Die Aktion der Bremer Lehrer fand ein lebhaftes Echo im In- und Ausland. In Bremen trug sie zur Abgrenzung der "radikalen" von den "gemäßigten" Anhängern der Schulreform bei. Viele Lehrer - darunter ein großer Kreis junger Lehrer mit Heinrich Eildermann und Johann Knief ab der Spitze, die in dieser Auseinandersetzung um die Modernisierung des Schulwesens in Kontakt mit den revolutionären Sozialdemokraten wie Heinrich Brandler und Wilhelm Pieck kamen - schlossen sich der SPD an. Als "Verein junger Lehrer" im BLV bildete dieser Kreis zugleich den radikalen Flügel unter den Schulreformern und die linke revolutionäre Strömung unter den sozialdemokratischen Lehrern. "Jacobiner" nannten sich diese jungen Lehrer selbst. Die Sympathiekundgebungen des Sozialdemokratischen Vereins für die Lehrer, die aufgrund ihrer Haltung in der Aktion des Lehrervereins von der Behörde gemäßregelt wurden, zeigte den Lehrern, wo die Kräfte zu finden sind, die eine radikale Schulreform durchführen können. Im April 1906 eroberten die fortschrittlichen Volksschullehrer die Mehrheit im Vorstand des Bremer Lehrervereins. Hans Lüdeking, Wilhelm Holzmeier und Johann Knief wurden u.a. in den Vorstand gewählt. Johann Knief forderte offen, den schulpolitischen Kampf in den von der Sozialdemokratie geführten Klassenkampf der Arbeiter einzuordnen.

Der Klassenkampf zeigte sich deutlich in den Streiks der Bremer Arbeiter: 1891 streikten die Buchdrucker, 1896 die Hafendarbeiter, 1897 die Schuhmachergesellen und die Arbeiter der Jutespinnerei, 1899 die Tonnen- und Straßenreinigungsarbeiter, 1900 die Bauarbeiter und die Arbeiter des Gaswerks, 1901 die Schneider und Maler, 1903 die Klempnergesellen, die Schuhmachergehilfen, die Arbeiter auf dem "Vulkan" und die der Rickmers-Reismühle, 1904 wurden die Zimmerer, die Maurer und Bauarbeiter ausgesperrt, 1905 streikten die Werftarbeiter der AG "Weser" und die Schneidergesellen. Die Werftarbeiter wurden zum Kern der revolutionären Arbeiter Bremens. 1905 wurde offensichtlich, daß Bremen neben Hamburg zu einem zweiten Zentrum der Werftarbeiterbewegung geworden war. Die Arbeiter stellten Lohnforderungen und kämpften entschlossen gegen die verschärfte Ausbeutung. 2800 Arbeiter der AG "Weser" wurden vom 28. April bis zum 8. Mai ausgesperrt. Im Juli erfolgten weitere Aussperrungskämpfe, in die auch die Belegschaften anderer Werften verwickelt wurden. Die Arbeiter erzwangen die Erfüllung ihrer Lohnforderungen. Aufgrund ihrer eigenen Streikerfahrungen und durch die Vermittlung der Erfahrungen der russischen Arbeiter aus der Revolution von 1905 setzte sich nach intensiven Diskussionen unter den revolutionären Sozialdemokraten die Meinung durch, daß der Massenstreik ein Mittel zur politischen Lösung der gesellschaftlichen Probleme ist. Schließlich eroberten die Linken auch im

Ortsverein die Mehrheit und die Reformisten um den Rechtsschutzsekretär Friedrich Ebert gerieten in die Minderheit.

Aus diesen vielfältigen Ereignissen und Kämpfen des Jahres 1905 datiert die Entwicklung der Bremer Linken.

Die fortdauernde Auseinandersetzung der Lehrer mit der Schulbehörde erreichte 1910 noch einmal einen Höhepunkt: Wilhelm Holzmeier wurde aus dem *Schuldienst entlassen, weil er sich geweigert hatte, seine Klasse zu Beginn des Unterrichts fromme Gesänge anstimmen zu lassen*. Die am selben Abend bei Holzmeier versammelten Sozialdemokraten und Lehrer waren sich darin einig, den Kampf in aller Konsequenz weiterzuführen. Sie schickten ein von Wilhelm Pieck verfaßtes Telegramm an August Bebel, den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei: "Die aus Anlaß der Dienstentlassung des Genossen Holzmeier versammelten sozialdemokratischen Lehrer entbieten dem Führer des Proletariats zu seinem 70. Geburtstag ihren herzlichsten Glückwunsch und geben der Hoffnung Ausdruck, daß ihm noch ein recht langes Wirken im Dienste des Klassenkampfes beschieden sein möge".

Dieses Telegramm führte zu neuen Repressalien gegen die fortschrittlichen Lehrer. Noch am selben Tage, als das Telegramm bekannt wurde, "fuhr die Senatskarosse mit dem Schulsenator Meier von *Schule zu Schule*, um hinreichend verdächtige Individuen zu vernehmen" ("Roland", April 1910). Gegen vier Lehrer wurden Untersuchungen eingeleitet, u.a. gegen Sonnemann und Rumpf. Der mit den Lehrern eng verbundene Buchhalter Freuthal wurde von den staatlichen Stellen mit Geldstrafen und einem Zeugnisswangsverfahren, das zu einer sechswöchigen Haft wurde, belegt.

Der Sozialdemokratische Verein organisierte *daraufhin unter der Leitung* von Wilhelm Pieck Massenkundgebungen und Demonstrationen zur Unterstützung der sozialdemokratischen Lehrer. An den Demonstrationen des 14. März 1910 waren 12 000 Menschen beteiligt. Als Wilhelm Pieck in der Bürgerschaft in einer Rede die Forderungen der Lehrer unterstützte, entzog ihm der Präsident das Wort; die protestierenden Zuschauer auf den Tribünen wurden von der Polizei hinausgedrängt. Schon am 23.2.1910 hatte die BBZ die Ursache dieses Konfliktes und damit den Klassencharakter des Staates dargestellt: Rechtsfragen sind Machtfragen - so trivial diese Wahrheit ist, sie muß doch immer und immer wieder ausgesprochen werden. Die Macht, die hinter dem bestehenden *geschriebenen Gesetz steht*, welcher Art immer es auch sei, ist der Staat und sind die Klassen, deren Interessen stets und in erster Linie - wenn nicht völlig - zu dienen jeher *erfunden und eingerichtet* wurde. Der Staat ist entstanden aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten. Da er aber gleichzeitig im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittels seiner auch zur politisch herrschenden Klasse wird, und so neue Mittel erwirbt zur

Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse. So Friedrich Engels gelegentlich... So wird selbstverständlich, daß das Verhältnis des Gegenwartsstaates zu seinen Beamten ein öffentlich rechtliches Gewaltverhältnis ist. Man arbeitet mit dem Disziplinarrecht, das im kapitalistischen Staat ein Ausnahmerecht gegen die Beamten ist."

Ende 1911 schied Johann Knief freiwillig aus dem Schuldienst aus und wurde Redakteur der sozialdemokratischen "Bremer Bürgerzeitung" (BBZ). Er kam damit einem drohenden Disziplinarverfahren zuvor.

Am 3. April waren die Massen wieder in der Innenstadt, 8000 demonstrieren für ein demokratisches Wahlrecht in Bremen. Am 6. April sprach Rosa Luxemburg vor 4000 Personen über den Wahlrechtskampf. Sie rief die Arbeiter auf, gegebenenfalls mit dem politischen Massenstreik für ihre Forderung zu kämpfen.

Während sich im Reichsgebiet die Zentristen in der Partei durchsetzten, verlief die Entwicklung in Bremen anders. Die Arbeiterschaft kam durch die Werftarbeiterstreiks der Jahre 1910 und 1913 in einen starken Gegensatz zur Gewerkschaftsbürokratie. Besonders 1913 kehrten die Gewerkschaftsführer die Organisation und Organisationsdisziplin gegen die Streikenden, kapitulierten vor den Unternehmern und überließen die Arbeiter dem nach dem Streik einsetzenden Unternehmerterror. Deutlich wurde die Kluft zwischen Mitgliedschaft und Vorstand auf einer von 4000 Werftarbeitern besuchten Versammlung am 22.7.1913.

Die BBZ berichtete über die Rede des Referenten des Zentralvorstandes: "Heute, Montag, haben sämtliche beteiligten Vorstände wieder eine Konferenz abgehalten. Diese Konferenz empfahl die Wiederaufnahme der Arbeit (Pfui, Schlußrufe, große Erregung). Weiter wird empfohlen (Schlußrufe), daß sich die örtlichen Verwaltungen und Kommissionen noch einmal an die Werften wenden sollen (Lachen, Widerspruch). Erst wenn alle Verhandlungswege erschöpft seien, könne zum Äußersten geschritten werden, nachdem die Vorstände ihre Zustimmung gegeben (Lärm, der Vorsitzende ersucht um Ruhe)... Beim Vorsitzenden war inzwischen ein Antrag auf geheime Abstimmung mittels Stimmzettel eingelaufen; er teilte mit, vorschriftsmäßig gestempelte Stimmzettel seien nicht vorhanden, weil der Vorstand keine mitgebracht habe (Gelächter). Ein Mitglied des Ortsvorstandes wurde regelrecht niedergebrüllt. Der Vorstand ließ abstimmen, ob er sprechen sollte; die Versammlung lehnte ab; sie war des Redens müde. Es wurde sodann nahezu einstimmig von der Riesenversammlung der Streik beschlossen. Zum Schluß gelang es noch dem angestellten Kassierer des Metallarbeiterverbandes, zu Wort zu kommen. Er machte auf die statutenwidrige Abstimmung aufmerksam, kam aber nicht weit, der zunehmende Lärm verschlang seine Worte."

Die Holzarbeiterzeitung drückte die Erkenntnisse der Arbeiter aus: Die Streikenden sind nicht von den Unternehmern, sondern von der "Kurz-

sichtigkeit ihrer Vorstände" niedrigerungen worden.

Diese Streiks bewirkten, daß revolutionäre Auffassungen vom Klassenkampf unter den Bedingungen des Imperialismus in das Bewußtsein des Bremer Proletariats eindringen. Die Bremer Bürgerzeitung (BBZ) half den Arbeitern, zwischen Opportunisten, Zentristen und Linken zu unterscheiden: Chefredakteur Henke wollte zwischen den Gewerkschaftsbürokraten und den Arbeitern vermitteln. Was tat die Linke? Der Kreis um Johann Knief und Anton Pannekoek, zu dem 1912 Karl Radek stieß, war ständig unter den Arbeitern zu finden. Sie sprachen auf Streikversammlungen und unterstützten voll und ganz die Aktionen der Arbeiter. Sie analysierten die Bewegung und zeigten den Arbeitern, daß die Gewerkschaftsbeamten auf ein Entgegenkommen an die bürgerliche Welt hinarbeiten (a.p. korrespondenz). Knief charakterisierte die SPD-Bürokratie gegenüber seinem Freund Rudolf Franz folgendermaßen: "Wie jede andere Bürokratie, so ist auch die unsrige ein Machtmittel geworden. Aber sie wurde kein Machtmittel gegen die staatliche Bürokratie, sondern leistete der staatlichen Bürokratie Vorschub und begünstigte die Ausbeutung der Massen. Keine Instanz ist davon auszuschließen: Parteibürokratie, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbürokratie!"

Aus den Streiks zog Anton Pannekoek Schlußfolgerungen, die die weitere Arbeit der Bremer Linken bestimmen sollten: Bei einer scharfen Zuspitzung des Klassenkampfes kommt es weder auf spezielle Tätigkeit der Funktionäre, noch auf die "Weisheit der Führer" an, sondern "auf die klare Einsicht und Selbständigkeit der Massen". Die Führung wird dann von selbst aus den Händen der Führer in die der Massen übergehen. (a.p. korrespondenz, 3. März 1911)

Anton Pannekoek nahm zu den wichtigsten Fragen des proletarischen Kampfes in der BBZ, in seiner a.p. korrespondenz und in verschiedenen Broschüren aus marxistischer Sicht Stellung. Er zeigte die Aufgaben revolutionärer sozialdemokratischer Abgeordneter im Parlament auf. Er erläuterte in der Diskussion um den Massenstreik den revolutionären Standpunkt und stellte die Aufgabe der Gewerkschaft in der kapitalistischen Gesellschaft theoretisch klar, er popularisierte Marx' Gedankengut.

Neben Anton Pannekoek war es Karl Radek, der zur ideologischen Entwicklung der Bremer Linksradikalen entscheidend beitrug. Radek untersuchte u.a. in seiner Broschüre "Der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse" die neuen ökonomischen und politischen Klassenkampfbedingungen, die sich nach dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium entwickelt hatten.

Durch ihr konsequentes Eintreten für proletarische Forderungen erwarb sich die Linke das Vertrauen der bremischen Arbeiterschaft. Schon vor Kriegsbeginn wurde Bremen dadurch eine Hochburg der Linksradikalen.

Die Streiks und die theoretischen Auseinandersetzungen mit der Bewegung brachten die Mehrheit des Sozialdemokratischen Vereins Bremen hinter die Linke. 1908 vertrat Alfred Henke, Heinrich Brandler und Wilhelm Pieck den SDVB auf dem Parteitag in Nürnberg. 1912 gehörte Pannekoek zu den Delegierten, 1913 Johann Knief.

Das Organ des Sozialdemokratischen Vereins Bremen, die Bremer Bürgerzeitung, war inzwischen Sprachrohr der Linken geworden. Eine weit über Bremen herausragende Bedeutung erreichte die Zeitung in der Massenstreikdebatte, in der Frage Sozialreform oder Revolution und in der Diskussion um den Weg der Partei.

So schrieb Anton Pannekoek am 9.7.1913 unter der Überschrift: "Flaue Stimmung":

"Seit einiger Zeit bildet der innere Zustand unserer Partei den Gegenstand kritischer und besorgter Erörterungen... Die Partei - vom Bürokratismus überwuchert, die Massen ohne Spur des revolutionären Geistes, ein Massenstreik, der uns aus dem Sumpf helfen könnte, absolut unmöglich... Wo die ganze Partei einmütig einen Klassenkampf in revolutionärer Weise führt - d.h. mit der klaren Erkenntnis, daß das große Ziel über allen Augenblicksvorteilen steht und nur durch die eigene Kraft des Proletariats allein erreicht werden kann - da wird ihre Kampfbegeisterung belebend und anfeuernd auf die Massen wirken. Aber der Chemnitzer Kurs war der Kurs der Kompromiß- und Dämpfungspolitik. Eine solche Politik muß, um sich zu rechtfertigen, den Arbeitern Vertrauen in eine bürgerliche Partei, Mißtrauen in ihre eigene Kraft einzureden versuchen; eine solche Politik, deren Schwerpunkt in den parlamentarischen Berechnungen und Unterhandlungen der Führer liegt, kann unmöglich die Massen begeistern und mitreißen. ... Natürlich soll das nicht besagen, daß die Ursache der flauen Stimmung bloß in einer falschen Stichwahlparole liegt. Die Parole war selbst nur Symptom und Ausdruck einer allgemeinen taktischen Auffassung, die schon seit längeren Jahren in den leitenden Kreisen der Partei emporgekommen ist. Die Dämpfungspolitik findet ihre erste und tiefste Grundlage in der Furcht vor den Massenaktionen. Die ersten großen Massenaktionen in den Jahren 1908 und 1910 weckten die Besorgnis, sie könnten zu einer Zuspitzung des Kampfes führen, für die das Proletariat noch zu schwach sei und die daher zu einer Niederlage und zum Verlust seiner Errungenschaften führen müsse. Daher wurde die Wahlrechtsbewegung eingestellt, und der Blick der Massen auf die ungeheuren Umwälzungen gelenkt, die die Reichstagswahlen bringen würden. Es ist klar, daß diese Abneigung von außerparlamentarischen Massenaktionen notwendig zu parlamentarischen Kompromissen führen muß. Wer nicht die ganze im Proletariat liegende Kraft aufrufen will, und doch direkte Resultate verlangt, wird von selbst dazu getrieben, sie mit Hilfe anderer Parteien zu erstreben. Will der Radikalismus nicht einen wirklich revolutionären Kampf für neue Grundrechte führen sondern entweder auf revisionistischem Wege direkten Er-

folgen nachjagen oder einfach passiv abwarten, was die Zeit bringt, so wird er in einer allgemeinen Passivität der Massen die Früchte dieser Taktik ernten. Die Dämpfung des Wahlrechtskampfes, die Überschätzung der Ergebnisse der Reichstagswahlen, der Stichwahlkompromiß, die theoretische Unklarheit über die Bedeutung der Massenaktionen - es gehört alles zusammen als eine Politik, deren Wirkung auf die Partei wir jetzt vor uns sehen. ... Mit vollem Recht hat die Genossin Luxemburg hervorgehoben, daß der Massenstreik nur in Verbindung mit einer allgemeinen revolutionären Politik möglich und erfolgreich sein kann. Er kann nicht dazu dienen, eine durch eine verkehrte parlamentarische Taktik verfahrenere Situation zu retten. ... Der Massenstreik ist nicht ein Abenteuer, das in irgendeiner Situation mal zu probieren ist. ... Der Wille und die Kraft zu solchen Aktionen können den Massen nicht durch irgendeinen Parteibeschuß, ja nicht einmal durch eine bestimmte Propaganda eingebleut werden; sie können nur aufwachsen als Frucht eines langanhaltenden prinzipiellen Kampfes, der ihnen die Überzeugung, daß es keinen anderen Weg mehr gibt, tief in die Seele gebrannt hat, als Frucht einer klaren Einsicht, die ihnen Vertrauen in die eigene Kraft gibt. ... Zuerst muß sich die Partei über ihre eigene Taktik klarwerden. ... Nur durch eine solche Klärung wird die jetzige Depression im Parteileben erfolgreich überwunden werden können."

Die Bremer Linke sah die Konsequenz ihrer revolutionären Politik klar und propagierte als erste sozialdemokratische Gruppe den organisierten Bruch mit den Opportunisten.

Im Sommer 1914 setzten die Arbeiter alle ihre Hoffnungen auf Verhinderung des drohenden Krieges auf die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Im Juli veranstalteten Partei und Gewerkschaften Antikriegsveranstaltungen, die von vielen tausend Arbeitern besucht wurden. Paul Frölich, seit Mai 1914 in Bremen, und Johann Knief stellten als Redakteure der BBZ diese Zeitung ganz in den Dienst der Antikriegskampagne und agitierten für die unmittelbare Aktionsbereitschaft der Arbeiter. Ein größeres Echo hatten sie jedoch nur bei den Werftarbeitern. In einer von 3000 Teilnehmern besuchten Veranstaltung im "Colosseum" sagte Paul Frölich: "Auch wir deutschen Arbeiter werden uns überlegen müssen, was wir zu tun haben. Unser wirksamstes Mittel auch im Kampf gegen den Krieg ist die Arbeitsverweigerung. Die deutschen Arbeiter werden wahrscheinlich vor eine verantwortungsvolle Entscheidung gestellt werden und sie werden mit kühlem Mute die Dinge betrachten, und wenn es zum Handeln kommt, entschlossen handeln müssen. (Lang anhaltender Beifall und Sehr richtig) Die deutschen Arbeiter lehnen die Verantwortung für den ungeheuren Frevel eines Weltkrieges ab. Sie werden ihre Macht brauchen zur Sicherung unserer Kultur. Mögen die herrschenden Klassen sich vor Augen halten, wohin ihr verbrecherisches Treiben führt. An Rußlands Beispiel mögen sie sehen, daß der Krieg die Revolution im Schoße trägt." Knief sagte: "Die Herrschenden spielen mit dem Feuer. Sie mögen nicht vergessen, daß dem europäischen Kriege die euro-

päische Revolution folgen wird. (Stürmische Zurufe). Und es ist gerade die Aufgabe der Arbeiterschaft, in dieser ernsten Stunde den Herrschenden Deutschlands überzeugend zuzurufen: Hütet euch! Die deutsche Arbeiterschaft wird zu ihren österreichischen, russischen, serbischen und französischen Brüdern stehen und mit ihnen für die Erhaltung des Friedens kämpfen (Großer Beifall)". (BBZ, 28.7.1914)

Die SPD-Fraktion bewilligte die Kriegskredite, nachdem vorher der Parteivorstand mit der Bourgeoisie einen Burgfrieden geschlossen hatte. Diese Haltung der Reichstagsfraktion erzeugte bei den revolutionären Arbeitern Verwirrung. Auf der AG "Weser" wurde unentwegt leidenschaftlich diskutiert, ohne sich um Vorarbeiter und Meister zu kümmern. Vor dem Bremer SPD-Parteibüro wurde demonstriert. Zu weiteren politischen Aktionen reichte die Kraft noch nicht.

Führende Köpfe der bremischen Arbeiterschaft wurden gleich 1914 eingezogen. Die Positionen der Linken wurden somit zu Beginn des Krieges geschwächt. Johann Knief stellte in seinem Regiment den sonst von den bürgerlichen Geschichtsschreibern festgestellten frenetischen Jubel nicht fest. Die Buntentorschen<sup>1)</sup> waren nicht von Elan, sondern von einer Friedenssehnsucht beseelt. Pannekoek schilderte die Stimmung der Arbeiter in einem Brief an Fr. Westmeyer in Stuttgart so: "Eine stille dumpfe Erbitterung, verbunden mit dem Gefühl völliger Machtlosigkeit, an Händen und Füßen gefesselt, und kein Führer, der sagt, was zu tun ist oder durch seine öffentliche Haltung den Weg zeigt."

Mit dem Krieg begann eine verstärkte Ausbeutung der Arbeiter in den Rüstungsbetrieben. Mit einer geringeren Anzahl von Arbeitskräften sollte die Produktion erhöht werden. Eine wöchentliche Arbeitszeit von 80 Stunden war keine Seltenheit. Bei fehlerhafter Produktion gab es Lohnabzüge. Die Arbeiter nahmen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen hin; ihrer Funktionäre beraubt, mußten sie sich erst wieder auf ihre Kraft besinnen. Auf der AG "Weser" waren nur noch 1000 Kollegen gewerkschaftlich organisiert, statt 3000 vor dem Kriege. Die sich bildenden revolutionären Keimzellen in den Betrieben wurden immer wieder durch Denunziation gefährdet. Nach dem ersten Kriegsjahr kam zu der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auch eine Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen: Im Juli 1915 wurden das Fleisch und die Fleischwaren rationiert, ab August wurde die Brotkarte eingeführt, von Juli 1914 bis Dezember 1915 verteuerten sich die Lebensmittel um 30 Prozent. Für die arbeitende Bevölkerung bedeutete das eine wachsende Gefährdung ihrer Gesundheit. Die Proletarierkrankheit forderte ihre Opfer.

Die klare politische Haltung, mit der Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 als einziger Abgeordneter des Reichstages gegen die Kriegskredite stimmte, war für die Bremer Linksradikalen das Fanal zur Sammlung und zur Fortführung des proletarischen Kampfes: Im SDVB bildete sich ein Dis-

---

1. Buntentor: Arbeiterviertel Bremens

kussionszirkel von Kriegsgegnern, dem u.a. Gustav Seiter, Johann Brodmerkel, Karl Stucke, Breitmeyer, Braune, Ertinger, Klima, Grabowski, Ruckstuhl, Hünecke, Buchholz, Störmer, Klawitter, Becker, Brauckmüller, Heinrich und Wilhelm Eildermann, Rumpf, Rose, Frasunkiewitz, Adolf Dannat und später Bäumer angehörten; Karl Jannack nahm, wenn er Urlaub von der Front hatte, teil und schilderte die Frontsituation. Seine Berichte über die Zustände an der Front wurden unter den Arbeitern verteilt. Jan Knief und Paul Frölich arbeiteten im Zirkel mit als sie 1915 aus dem Felde zurückkamen. Zu aktuellen Schriften wurde referiert, tagespolitische und grundsätzliche Fragen wurden diskutiert; in den Mittelpunkt der Gespräche stellte der Weltkrieg das Problem des Imperialismus und die Frage Arbeiterklasse und Nation. Linke Sozialdemokraten verteilten Antikriegsflugblätter (Hünecke wurde dabei verhaftet); Frauen brachten, als Schwangere getarnt, die Flugblätter unter ihren Kleidern durch den Zoll in die preussischen Vororte Bremens; in Hemelingen wurde vor dem Rathaus eine Frauendemonstration durchgeführt, auf der eine Erhöhung der Unterstützung für die Kriegsoffer gefordert wurde; unter den Soldaten bildeten sich revolutionäre Gruppen; die Junge Garde agitierte erfolgreich gegen den Zwang zur Beteiligung von Jugendlichen an militärischen Übungen.

Der Zirkel war den rechten Funktionären, wie Wellmann, Voigt und Waigand, die hin und wieder mal aufkreuzten, bald ein Dorn im Auge. So kam selbstverständlich bald der Vorwurf des parteischädigenden Verhaltens. Und dann wurde auch die Polizei aufmerksam.

In der Diskussion um den praktischen Antikriegskampf wurden die Zentristen von den Linksradikalen entlarvt, als Henke theoretisch gegen den Krieg auftrat, als SPD-Abgeordneter jedoch nicht gegen die Kriegskredite stimmte. Johann Knief, aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr an der Front,<sup>2)</sup> und Adolf Dannat kritisierten Henke als einen Revolutionär in Worten und einen Reformisten der Tat, als einen Internationalisten in Worten und einen Helfershelfer des Sozialchauvinismus in Taten. Die Zentristen gaben ihre Mitarbeit in dem Zirkel der Kriegsgegner auf, so daß dieser die organisatorische Basis der Bremer Linken wurde.

Im Januar 1916 nahm Johann Knief als Vertreter der Bremer Linken an der Reichskonferenz der Gruppe "Internationale" (Spartakusbund) teil. Die Konferenz diskutierte die von Rosa Luxemburg in der Juniusbroschüre entworfenen Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie. Johann Knief kritisierte, unterstützt von Heinrich Brandler u.a., daß gegenüber den Rechten und Zentristen keine klare Stellung bezogen werde. Zu der Konferenz der Zimmerwalder Linken in Kienthal im April 1916 schickten die Bremer Linksradikalen Paul Frölich als Delegierten für den

---

2 Knief hatte sich geweigert, Geiseln zu erschießen. Durch die bei ihm folgenden seelischen Depressionen wurde er zunächst als wehrunfähig ins Krankenhaus eingeliefert und erholte sich dann in einem niedersächsischen Dorf.

Voraussetz. des Kapitalismus wird die Fort-  
entwicklung & Befähigung von der Kunst aus. Kunst  
muss von der Konkurrenz; die Produktion  
wird die Produktion nach Grunden der Fortsch-  
rittigkeit sein einigerm. die Produktion  
wird eine Multiplikation sein in steigend  
steigend Gebiete Organisationsleistungen  
bilden können und jeder einig setzen.

Diese verschiedenen Organisationsleistungen  
werden nicht nur von den Kunstwerken, die  
werden mit ein Organ bilden innerhalb  
der Produktion.

Teil  
84

XV.

Funktioniert wie ein Teil 84; die Organ-  
isation der Produktion umfasst nicht nur die  
zu künftigen Menschen einer Zeit/Ordnung  
Wahl. "mit einem nicht nur: die Produktion  
gemeinsam wird die Organ-Organisation  
auf zu einer Organisationsleistung mit  
gemeinsam der Organ-Organisation."

Es geht hier also geht es die  
Funktion der Produktion Organisationsleistung  
die ist aufgetrennt mit dem Organ-  
tion und wird mit ihm verbunden. Aber  
wird die Organ-Organisation mit einem Teil;  
realistischer Funktion der Organ-Organisation  
ist nicht die Organ-Organisation  
gesamter ist gleich sein wird der

Auszug aus einem Manuskript Dannats für seinen Vortrag  
"Nation und Klassenkampf"

erkrankten Johann Knief. Paul Frölich konnte in den entscheidenden Punkten, wie in dem entschiedenen Kampf gegen den Zentrismus und für eine neue revolutionäre Internationale eine Übereinstimmung der Politik der Bremer Linksradikalen mit der Politik Lenins feststellen. In der Zeit um die Kienthaler Konferenz fanden in Bremen Gespräche über die Zusammenarbeit zwischen dem Spartakusbund und der Bremer Gruppe statt.

Auf dem Boden der sozialen Verschlechterungen, durch die Rückkehr Kniefs und Frölichs von der Front und die Entlassung Dannats aus dem Militärdienst konnte die Linke die seit Kriegsbeginn verloren gegangenen Positionen zurückerobern. In den letzten Monaten des Jahres 1915 wurde die BBZ durch Knief und Frölich wieder das Sprachrohr der Linksradikalen. Die rechten Sozialdemokraten zogen für sich die Konsequenzen, brachen im SDVB die Parteidisziplin und gaben ab Januar 1916 eine eigene Zeitung, die "Bremer Correspondenz" heraus, in der die Burgfriedenspolitik des PV in Berlin verteidigt wurde. Diese Spaltungspolitik führte zu brisanten Parteiversammlungen, auf denen Knief mit den "Correspondenzlern" abrechnete und dabei die Mehrheit der Versammlungen stets hinter sich hatte. Der Geschäftsführer der Bremer Parteidruckerei wurde aufgefordert, den Druck der "Correspondenz" in der Druckerei der "Bürgerzeitung" zu verhindern. Ein späterer Beschluß forderte seine Entlassung.<sup>3)</sup>

Im Februar 1916 wurde auf einer Mitgliederversammlung eine von Johann Knief verfaßte Resolution angenommen, in der gefordert wurde, daß die BBZ im Gegensatz zu den Revisionisten und Zentristen eine revolutionäre Politik des Klassenkampfes gegen den Krieg verfechten soll. Henke wurde aufgefordert, im Reichstag mit einer öffentlichen Begründung gegen die Kriegskredite zu stimmen. Der Einfluß der Linksradikalen bei der Jugend läßt sich daran messen, daß Willi Eildermann, Leiter der Jungmannschaft des SDVB und Vorstandsmitglied der Jungen Garde im Januar als Delegierter der Jungen Garde für die Arbeiterjugendkonferenz Ostern 1916 in Jena gewählt wurde.

Im Mai wurden zahlreiche rechte Funktionäre des SDVB abgesetzt; die Bürgerschaftsfraktion mußte unter dem Druck der Parteimehrheit den bürgerlichen Haushaltsplan ablehnen, was sie im vorhergehenden Jahr nicht getan hatte. Am 1. Mai 1916 demonstrierten Bremer Arbeiter zum ersten Mal öffentlich gegen den Krieg und für bessere Lebensbedingungen. Im Juni demonstrierten Tausende von Arbeitern, Frauen und Jugendlichen gegen die Verurteilung von Karl Liebknecht. Die Polizei ging mit der blanken Waffe (Säbel) gegen die Demonstranten vor. Als der Termin der Gerichts-

3 Der Parteivorstand in Berlin nahm die durch seine finanzielle Beteiligung am Bremer Parteiverlag möglichen Rechte wahr, indem er die von der Bremer Organisation beschlossenen personellen Änderungen im Verlag rückgängig machte und die weitere Herausgabe der "bremischen Correspondenz" damit sicherstellte.

verhandlung gegen Karl Liebknecht heranrückte, verbreitete die Gruppe hektografierte Flugzettel, die z.T. nachts an die Hauswände geklebt wurden. An vielen Stellen versammelten sich daraufhin Arbeiter, Frauen und Jugendliche auf den Straßen und diskutierten über die Lebensmittelknappheit, gegen den Krieg überhaupt und protestierten gegen die Verhaftung Karl Liebknechts. Vom 26. Juni an war mehrere Tage lang die Arbeiterbevölkerung zu Demonstrationen auf der Straße. Polizei versuchte stets zu verhindern, daß der Zug ins Stadttinnere kam. Es gab viele Verhaftungen, darunter Frauen und Mädchen. Am 3. und 4. Juli traten die Arbeiter der AG "Weser" für mehr Lohn und Lebensmittel und für die Freilassung Karl Liebknechts in den Streik.

Zu diesem Zeitpunkt erreichten die Auseinandersetzungen mit den Zentristen und den Rechten ein Stadium, in dem es den Linksradikalen nicht mehr möglich war, in der BBZ ihre Meinung zu veröffentlichen. Johann Knief gab deshalb ab Juni 1916 für die Bremer Linke die "Arbeiterpolitik - Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus" heraus.

Unter den Genossen, in den Betrieben und bei sympathisierenden Kriegsgegnern wurde Geld gesammelt. Carl Ertinger konnte im Konsumverein "Vorwärts" etwas Geld leihweise locker machen. So konnte die erste Ausgabe der "Arbeiterpolitik" am 24. Juni 1916 erscheinen. In ihr war der Trennungsstrich zur sozialdemokratischen Politik gezogen:

Die deutsche Sozialdemokratie ist nicht mehr. Am 4. August 1914 trat sie von ihrer historischen Rolle als Vorhut des proletarischen Befreiungskampfes zurück. Aber es war keine Katastrophe, mit der dieser Rücktritt erfolgte, sondern es war das natürliche Ende einer politischen Bewegung, deren Untergang längst vorbereitet war. Als revolutionäre Klassenkampfpartei hatte sie ihre historische Laufbahn begonnen; im Gegensatz zur gesamten bürgerlichen Welt wollte sie dem Proletariat zur politischen Macht verhelfen. Ihr Werk endet mit der Solidaritätserklärung zwischen den offiziellen Führern der Partei und den Trägern der staatlichen Macht; es endete mit dem Sieg des Burgfriedens über den Klassenkampf, der Bürokratie über die Demokratie, des Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus über den Sozialismus. Es ist der Niederbruch auf der ganzen Linie, bis in die äußersten Posten des Parteizentrums hinein, die als Sozialpazifisten und in der sogenannten Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft die Massen durch oppositionelle Gesten über ihre eigene historische Aufgabe hinwegzutäuschen versuchen; und darum ist es die Abdankung der Sozialdemokratie schlechthin. (...) Das Dasein einer selbständigen Arbeiterbewegung genügte zum Sozialistengesetz. Jenes Jahrzehnt wird das Heldenzeitalter der deutschen Sozialdemokratie genannt, und niemand wird bestreiten, daß sich die Partei unter großen Opfern durch diese schwere Zeit hindurchschlug. Es war eine erste große Probe für die Tatsache, daß die organisatorischen Formen nicht das Wesen der modernen Arbeiterbewegung ausmachen; daß die Formen zerbrechen können, daß aber der Geist nicht

# Parteinachrichten.

## Erklärung.

In der Angelegenheit der „Arbeiterpolitik“ haben wir folgendes zu erklären: Wir sind in der Tat an der Gründung der neuen Zeitschrift insoweit beteiligt, als wir den Gründern unsere Unterstützung in der journalistischen Bewältigung der Schwierigkeiten geliehen haben, die, wie jeder weiß, gerade heute für die Presse besonders groß und zahlreich sind.

Wir werden aber auch ferner, soweit die Inhaber des neuen Unternehmens uns dazu auffordern, unsere journalistische Kraft gern in den Dienst der „Arbeiterpolitik“ stellen. Wir glauben damit in keine Weise mit den Pflichten, die uns unser Amt als Redakteure der „Bremer Bürger-Zeitung“ auferlegt, in Konflikt zu geraten. Die Mitarbeit sozialdemokratischer Redakteure an sozialistischen Zeitschriften hat bisher noch als selbstverständliches Recht gegolten.

Joß. Rief.

Paul Frölich.

## Arbeiterpolitik.

In der gestrigen Nummer der „Bremer Bürger-Zeitung“ ist von der Gründung der neuen Zeitschrift „Arbeiterpolitik“ die Rede. Es erfüllt uns mit Genugtuung, daß die Redaktion der „Bremer Bürger-Zeitung“ nicht auf den plumpen Schwindel der „Preussischen Correspondenz“ eingegangen ist, als handle es sich bei dieser Neugründung um ein Konkurrenzunternehmen gegen das hiesige Parteiorgan. Die „Arbeiterpolitik“ ist Zeitschrift, „Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“ ist ihr Untertitel. Sie ist Zeitschrift wie die „Sozialistischen Monatshefte“, die „Glocke“, die „Neue Zeit“, die „Lichtstrahlen“ (jetzt der „Leuchtturm“). Sie will ein Organ des Sozialismus sein, wie wir ihn verstehen. Wir hoffen, daß unsere Zeitschrift allen Genossen, die auf dem Boden des Linksrabikalismus stehen, zu ihrer Tagespresse eine willkommene Ergänzung sein wird, umsomehr, da in der gesamten Parteipresse der Linksrabikalismus keine konsequente Vertretung hat.

A. Danneberg.

Aus der Bremer Bürgerzeitung vom 20. Juni 1916

erlischt. (...) Die Sozialdemokratie siegte – und dennoch ist sie besiegt worden. Nicht gleich; aber im Laufe der Zeit. (...) Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie niedergebroschen, und Bismarck blieb Sieger, trotz alledem. Nichts fürchtete die Sozialdemokratie seither so sehr, als die Wiederkehr eines politischen Ausnahmezustandes. Zum ersten Mal hatte sie die übermächtige Gewalt des Staates am eigenen Leibe gespürt, und dieses erste große Erlebnis reichte hin, ihr die Erkenntnis beizubringen, daß sie sich diesem Staate, den sie doch überwinden wollte, zu beugen habe. Aus dem Kampfe gegen den Staat wurde die Anpassung an den Staat. Der Staat hat die Sozialdemokratie erzogen, staatlich – sittlich. Und darum war die Abstimmung vom 4. August 1914 und was dann folgte, keine Überraschung, sondern nur ein ragender Markstein auf dem Weg der Sozialdemokratie zur staatsstreuen Reformpartei. (...) Sie wurde zur Partei der proletarischen Massen, weil sie den alten Gegensatz zur bürgerlichen Welt immer noch in der Theorie aufrechterhielt, und weil sie in der Politik mit der revolutionären Phrase nicht sparte. Sie gaukelte den politisch noch nicht erwachten Massen das Idealbild vom sozialistischen Himmelreich vor und wurde so zum Sammelpunkt für alle Unzufriedenen und Heilbedürftigen. Es lag etwas religiös-utopisches in ihrem ganzen Wesen. Sie redete viel vom Endziel; aber den Weg des Kampfes mochte sie nicht beschreiten. Sie mochte es nicht, und sie konnte es auch nicht. Diese ganze Entwicklung war ja nur das Spiegelbild aller der Verhältnisse, die auf sie gestaltend eingewirkt hatten. Eingepfercht in die Formen des preußisch-deutschen Staates mit seiner stetig wachsenden Militärgewalt und seiner immer weitergreifenden Bürokratie, mußte sie, sobald sie zur Massenpartei wurde, dieselben Formen in ihrem Innern entwickeln. Und sie wurde so rapide zur Massenpartei, weil das Entwicklungstempo des deutschen Kapitalismus die Proletarisierung weiter Volksschichten so schnell besorgte. Die Organisierung der Massen war die Hauptsorge, sie wurde schließlich zum Selbstzweck. Dann nämlich, als der gewaltige Organisationsapparat die Bürokratie schuf, die aus dem Mittel zum Zweck zum Selbstzweck wurde. (...)

In ihrer organisatorischen Arbeit lag die historische Aufgabe der Sozialdemokratie; in ihr lagen aber auch die Wurzeln ihres Niederbruchs. Und nur aus diesem Niederbruch kann sich der Aufstieg entwickeln. Der organisatorische Sinn der proletarischen Massen ist durch eine fünfzigjährige Schulung entwickelt worden. Er wird sich über alle veränderten Formen hinweg immer wieder betätigen und bewähren. Zugleich aber hat diese Entwicklung zur Erstarrung der Organisationsformen geführt, deren Fesseln das Proletariat gerade in den jetzt tobenden Parteikämpfen immer aufs neue empfindet und erkennt. Das macht die Massen souverän den jetzigen Organisationen gegenüber, wie sie es zuversichtlich zu ihrer eigenen or-

ganisatorischen Kraft macht. Eine bedeutsame Epoche der Arbeiterbewegung liegt hinter uns, und wir stehen am Beginn einer neuen Epoche, in der sich das Proletariat des Wortes einer seiner größten und besten Führer bewußt wird, daß in der Politik allein die Tat entscheidet. Wir erleben den Niederbruch und wir stehen doch gleichzeitig am Beginn des Aufstiegs. Die Politik der Instanzen hat ihr großes historisches Fiasko erlebt. Es beginnt die Epoche der Arbeiterpolitik."

Neben Knief, Frölich, Stucke und Dannat schrieben auch Anton Pannekoek, Karl Radek und Lenin für die "Arbeiterpolitik". Knief suchte gleich bei der Gründung der Zeitschrift bei den linken Gruppen um Unterstützung für die redaktionelle Arbeit. Bei dem Kreis um Rosa Luxemburg und Leo Jogiches stieß er auf Ablehnung. Die Chemnitzer Fritz Heckert und Heinrich Brandler - obwohl von der Spartakuszentrale in dieser Frage unter Druck gesetzt - sagten eine Unterstützung zu und kritisierten die Haltung Leo Jogiches 'scharf. Einer der Gründe, die es nicht zu einer praktischen Mitarbeit Brandlers kommen ließen, war ein Artikel Paul Frölichs, in dem dieser forderte: Schluß mit den reformistischen Gewerkschaften. Auf Kniefs Entgegnung, so wichtig sei diese Frage nicht, antwortete Brandler: Für Dich als Schulmeister ist sie auch nicht wichtig; Du weißt nicht um die ungeheure Bedeutung dieser Gewerkschaften, gerade im Krieg."<sup>4</sup> Knief agitierte in der "Arbeiterpolitik" dafür, die Illusion in der Arbeiterklasse von der Parteieinheit um jeden Preis zu zerstören. Klare revolutionäre Zielsetzung zeichnete die "Arbeiterpolitik" aus: Es gibt keinen Ausweg aus den Wirrnissen, den Widersprüchen und Gegensätzen, den anarchischen Zuständen auf dem Boden des Kapitalismus selbst. Es gibt nur eine Lösung: den Sozialismus!" (Arbeiterpolitik, Jahreswende 1917/18)

In welchem starkem Maße die Anschauungen der Bremer Gruppe zur Rolle der Masse, zur Rolle der Funktionäre und zur Organisationsfrage durch das Verhalten der reformistischen Gewerkschaftsführer in den Werftarbeiterstreiks der Vorkriegsjahre geprägt wurden, zeigen diese Zitate: "Wenn die Masse der Proletarier sich so weit emporkämpft, zu solcher Begeisterung und Hingabe, daß sie alles für die Freiheit ihrer Klasse gibt und wagt, dann wird sie fähig sein, die sie bedrückende Macht des Kapitals zu brechen. In diesem Kampf spielen Führer, auch die reformierten, keine Rolle." Im Nachsatz wird die Einschränkung gemacht, daß "echte Führer" wecken, aufklären, vorangehen und entzünden können. ("Arbeiterpolitik", 22.7.1916) "Um es klar und ungeschminkt zu sagen: Das nächste Ziel des Linksradikalismus, die Anwendung seiner neuen Taktik in der jetzigen und künftigen Epoche der Arbeiterbewegung verträgt sich nicht mit den heutigen Organisationsformen der deutschen Arbeiterklasse; es ist nur zu erreichen durch den Kampf gegen diese Formen. Und erst die Überwindung der jetzigen Organisationsformen macht die Bahn frei für den Kampf, für den ersten und wirklichen Kampf um die Eroberung der politischen Macht." (Arbeiterpolitik, 16.9.1916)

17. Juli 1916.

Lieber Freund Dannat Vielen Dank  
für Ihre Karte. Dafs Sie noch immer  
wohltauf sind, ist mir ein kleiner Frost  
mir geht es noch immer recht man-  
gelhaft. Die äufseren Vorgänge des  
Lebens mich sehr, so oft ich von Ihnen  
höre; davon lese ich kaum eine  
Zeitung. Meine Frau macht mich  
eben darauf aufmerksam, dafs H. durch  
Karl gegen Sie herausgehauen wird.  
Es geht furchtbar irrisch zu in der  
Welt. Persönlich läfst er sich von Ihnen  
verteidigen; sachlich nickt er von Ihnen  
ab. Aber ich will mich lieber nicht  
in alle diese Dinge hinein, es geht  
mir nicht. Also seien Sie  
ein B. herzlich von mir gegrüßt.  
Ich fühle das wahre Einsiedlerleben  
und merke nicht, dafs es besser  
wird. Gegen das entsetzliche Krollen  
weiter. Nochmal besterüße Sie, H. K.

Brief Johann Kniets an Dannat

Lieber Freund D. Schon lange hatte ich Absicht Ihnen  
Brief aus Teheran zu Leutenworten, stattdurch schon damit  
angelangen, aber der leidige Zeitmangel verhinderte es  
früher stellen. Daher lasse ich es jetzt bei diesem Gruss  
bewenden, um Ihnen zu sagen, dass ich mit regem  
Interesse alle Vorgänge verfolge, an denen Sie Anteil haben.  
Ich lese die FZ regelmäßig, sehe also alles was da passiert.  
Sie haben dort einen Vorposten; Ihr habt dort den Weg  
zu suchen, neues Land zu betreten, das für andere  
vorbereitet sein kann und eine Dreikönige für andere  
Orte geben wird, also weit über die engen Grenzen Einfluss  
ausübt. Ich habe die Hände zu voll, um etwas mitteilen zu können;  
ausserdem sind Patrouillen nicht zu geben, da ihr genug Kunde kennt,  
um die Frazin anzuüben, die nur durch praktische Arbeit allen, die mitten  
drinstecken, aufgebaut werden kann - ihr seid völlig im Stande es richtig zu  
machen - rechnet aber jedenfalls auf schwere Kämpfe. Grüsset mir die  
beiden Peacocke sowie die anderen Gammeln. Die sind lüchlig halbe. Ihr Ergebenster  
Dannat.

Brief Pannekoeks an Dannat

L. G. Das ist indertat eine sehr böse Nachricht, über  
ich recht verstehe, dass sie beide, Paul u. Johan., wieder  
eingesogen sind. Kann mir wirren, wenn Sie weiteres von  
ihnen hören. Ich hoffe sehr, dass sie gesund bleiben mögen.  
Ich will mein Bestes tun. Den Artikel über den Parlamentarismus  
haben Sie wohl schon erhalten, ebenso den über Kästchertum.  
Ich werde morgen oder so wieder etwas schicken. Wahrsch.  
scheinlich wird Karl Sobelhon, Davos-Dorf (zur Stelle bei Triffen)  
auch was schicken können. Selbst müsst ihr dann auch  
was machen: speciell kritische Stellungnahmen zu  
Kunserung und Taten innerhalb der Partei. Das geht  
von hieraus nicht. Besten Gruß Durchschalten. Ihr  
Eigentliche Wünsche über zu behandeln  
Guten erhalte ich gern.

Nachdem die Arbeiterpolitik zunächst in der Druckerei Sturm gedruckt worden war, gesetzt wurde sie von Karl Becker, einem führenden Mitglied der Jungen Garde, konnte bald eine eigene Druckmaschine gekauft werden. Die Belegschaft der AG "Weser" sammelte dafür einen Betrag von 1500 RM. Knief bemühte sich unablässig um die Zusammenarbeit der revolutionären Gruppen in Deutschland, immer mit dem Ziel der Gründung einer linken Partei. Im August 1915 war er mit Paul Frölich in Hamburg, um bei den ideologisch noch nicht klaren Hamburger Linken zur revolutionären Konsequenz beizutragen. Am 4. Juni 1916 nahm er an einer Besprechung des Spartakusbundes teil, die die bessere Zusammenarbeit der linken Gruppen unter der neuen Verhaftungswelle zum Thema hatte. In diesem Sinne sind auch seine Verhandlungen mit August Thalheimer im Herbst 1916 über die Möglichkeit der Übernahme von Artikeln der "Arbeiterpolitik" durch die der Gruppe "Internationale" nahestehende Wochenschrift "Der Kampf" zu verstehen. Thalheimer veranlaßte den gewünschten Abdruck von Artikeln. In der Auseinandersetzung mit dem Parteivorstand in Berlin zeigte sich, daß Knief und die Linksradikalen das Vertrauen der Mehrheit der Bremer Parteimitglieder hatten. Entgegen den Beschlüssen des PV und des Parteitauges nahmen die Mitglieder auf einer Versammlung am 1. Dezember 1916 eine Resolution an, in der es u. a. hieß: "Die Politik des 4. August 1914 war das Ergebnis der opportunistischen Entwicklung der Vorkriegssozialdemokratie. Die Politik der Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes ist ihrem Wesen nach bürgerlich und steht damit in absolutem Gegensatz zum Sozialismus und zu den Interessen des klassenbewußten Proletariats. Der Kampf gegen die Bourgeoisie schließt den Kampf gegen den Sozialchauvinismus ein. Ein Mittel des Kampfes gegen die offiziellen Instanzen sind die Beitrags-sperren." Daraufhin schloß der PV den Ortsverein Bremen aus. Die Rechten gründeten einen eigenen Verein. Der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bremen legte Knief diesen Resolutionsentwurf vor:

1. Die Konzentration des Kapitals ist in den entwickelten Ländern Europas wie in den Vereinigten Staaten Nordamerikas durch die Bildung der Kartelle, Syndikate und Trusts in den wirtschaftlich bedeutsamsten Zweigen der Industrie, durch den Betrieb der Landwirtschaft mit den Methoden der kapitalistischen industriellen Produktion sowie durch die Beherrschung des gesamten Wirtschaftslebens durch die Banken so weit vorgeschritten, daß die Überführung des Kapitalismus in den Sozialismus schon jetzt ökonomische Notwendigkeit ist.

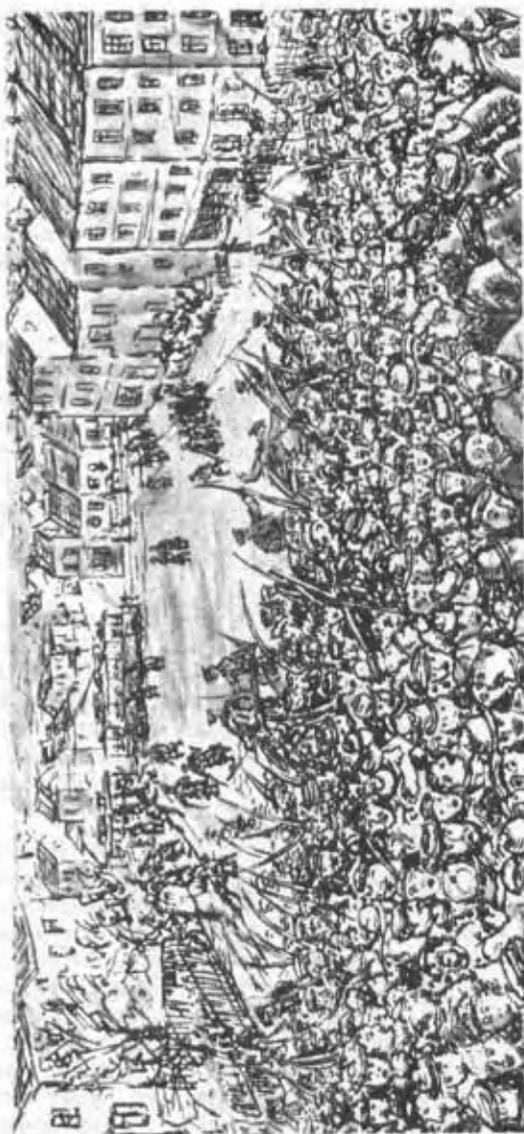
2. Das historische Problem für die Verwirklichung des Sozialismus besteht in der Entwicklung der Macht der Arbeiterklasse durch die Entfesselung ihres Kampfes um die Eroberung der politischen Gewalt. Angesichts der Tatsache, daß die Arbeiterschaft heute mehr denn je zum unentbehrlichsten Faktor des wirtschaftlichen und politischen Lebens gewor-

den ist, angesichts der Tatsache ferner, daß der Krieg die...Energien der Arbeiterklasse in dem Maße weckt und fördert, in welchem er den Kapitalismus und die gesamte bürgerliche Welt in immer tiefere, für die gegenwärtige Gesellschaftsordnung verhängnisvolle Widersprüche stürzt und die Klassengegensätze verschärft, ist das Auftreten der Arbeiterklasse selbst ... die Grundlage des Kampfes um die Eroberung der politischen Macht in dieser letzten, im Zeichen des Imperialismus stehenden Epoche des Kapitalismus.

3. Die Entfesselung der Macht der internationalen Arbeiterklasse hat zur Voraussetzung die grundsätzliche, geistige wie organisatorische Trennung von den Sozialpatrioten in allen Ländern und ihre Bekämpfung als Klassenfeinde des Proletariats. Ebenso notwendig aber ist die geistige und organisatorische Trennung vom Parteizentrum, das durch seine sozialpatriotische Propaganda des Abrüstens und der Schiedsgerichte, durch das Auffordern der Regierungen zur Herbeiführung des Friedens, durch sein Versagen in der Ausnutzung der Parlamentstribüne zur offenen Lösung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus und alle seine Äußerungen, durch sein Versagen in der Frage der Landesverteidigung sowie durch sein Versagen, im grundsätzlichen Kampf gegen den Sozialpatriotismus stets neue Verwirrung in die Köpfe und Reihen der oppositionellen Arbeiter trägt und dadurch den Sozialpatrioten und der Bourgeoisie, wenn auch unbewußt, Helferdienste leistet und den Durchbruch der Macht der Arbeiterklasse hemmt.

4. Die durch die sozialpatriotischen Instanzen vollzogene Spaltung der Partei erfordert gebieterisch den schärfsten Kampf gegen die Sozialpatrioten und das Parteizentrum auch in den Gewerkschaften und Genossenschaften; sie erfordert ferner den unverzüglichen Zusammenschluß aller...linksradikalen Elemente zu einer neuen... Arbeiterpartei, und sie erfordert schließlich die Anbahnung des internationalen Zusammenschlusses der sozialistischen Arbeiterschaft durch die Fortführung des Werkes von Zimmerwald und Kienthal. ("Arbeiterpolitik", 24.2.1917)

Als der Ausbruch der Russischen Revolution in Bremen bekannt wurde, kam es unter dem Einfluß der Linken zu leidenschaftlichen Diskussionen über das revolutionäre Beispiel der russischen Arbeiter, besonders über die Verbrüderung deutscher und russischer Arbeiter im Soldatenrock an der Ostfront. Am 31. März 1917 legten tausende Bremer Werftarbeiter die Arbeit nieder und zogen in einem Protestmarsch gegen den Krieg durch die Stadt. Die Polizei attackierte auch diese Demonstration wütend. Die Bremer Linke nahm Kontakt zu den revolutionären Matrosen der deutschen Marine auf. Die "Arbeiterpolitik" kommentierte jeden Schritt der Bewegung in Rußland. Zu den Reichskonferenzen der Parteiopposition im Januar und April schickte der SDVB Johann Knief; Alfred Henke war als Gegenkandidat in der Delegiertenwahl unterlegen. Auf der Vorkonferenz des Spartakusbundes im April in Gotha vertrat Knief die linksradikalen Gruppen Norddeutsch-



Nach einer Arbeiterzeichnung

### Säbelattache gegen demonstrierende Wertarbeiter

Am 31. März 1917 demonstrierten die Wertarbeiter der A.-G. Weser in Bremen für die Forderung von Ernährungszulagen. Am Steifensweg stellten sich ein großes Aufgebot von Schutzleuten dem Zug entgegen und schlug wild auf die zurückweichenden Massen ein. Dennoch kamen viele Demonstranten bis zum Stadtmuseum und ließen durch ihre Vertreter die Forderungen überreichen. Die nächste Folge war, wie überall in solchen Fällen, die Verschickung der Betriebsvertrauensleute an die Front; für viele in den sicheren Tod. Dennoch wuchs die revolutionäre Bewegung unaufhaltsam.

lands, die sich auf eine kategorische Ablehnung einer gemeinsamen Partei mit den Zentristen festgelegt hatten. Kniefs Haltung wurde zunächst von *der Mehrheit der Konferenz unterstützt, besonders von Fritz Heckert, der Delegierte aus Chemnitz, und die Württemberger Genossen (Westmeyer-Gruppe) wandte sich scharf gegen eine Vereinigung mit den Zentristen.*

Die Autorität Rosa Luxemburgs, zu dieser Zeit noch im Gefängnis, gab den Ausschlag für die Entscheidung der Konferenz: Die Spartakusgruppe wird als selbständige Gruppe in der USPD mitarbeiten. Im Anschluß an diese Spartakuskonferenz wurde in Gotha die USPD gegründet. In Bremen zogen Henke und Genossen daraufhin aus dem autonomen SDVB aus und gründeten den Ortsverband der USPD. Damit wurde der Sozialdemokratische Verein zum zweitenmal gespalten; dem SDVB gehörten jetzt nur noch die Linksradikalen an.

Im März fand in Hannover eine Konferenz der Nordwestdeutschen Jugendorganisationen statt. Organisiert wurde sie von Johann Knief und Charlotte Kornfeld. Sechs Bremer Vertreter der Jungen Garde nahmen daran teil. Die Bewegung ging in Bremen im Juni und Juli mit Streiks und Demonstrationen gegen den Krieg weiter. Die Russische Oktoberrevolution nahm Knief zum Anlaß, wieder für eine revolutionäre Partei zu plädieren: "Einzig und allein deshalb, weil in Rußland eine selbständige Partei der Linksradikalen war, die von ersten Augenblick an das Banner des Sozialismus entfaltete und im Zeichen der sozialen Revolution kämpfte, konnte die Revolution in Rußland so rasch ihren Fortgang nehmen." ("Arbeiterpolitik", Dez. 1917)

Als die sozialdemokratische Presse begann, Maxim Gorkis Kritik an der russischen Oktoberrevolution konterrevolutionär auszuschlachten (Gorki nannte die Regierungsmethoden der Volkskommissare im Smolnyinstitut eine Pferdekur, bei der das Pferd, das geplagte, halbverhungerte Rußland kaltblütig dem Traum einer Weltrevolution geopfert wurde), ging die "Arbeiterpolitik" daran, *den Arbeitern die Schwierigkeiten der russischen Revolution verständlich zu machen.* Radek wurde zitiert: "Die Bauernmassen, aus denen sich die russische Armee hauptsächlich rekrutiert, haben in Versammlungen gerne mit ihren Säbeln gegen alle Räuber der Welt geklirrt, aber in Wahrheit interessiert sie doch nichts am Imperialismus. Sie wollen lediglich mit ihren eigenen Herren abrechnen, mit ihren eigenen Wucherern, um bald darauf zu ihren eigenen Familien zurückzukehren, in ihre Dörfer, wo sie den von den Herren und Bourgeois befreiten Boden bebauen können. ...Die Bolschewiks waren für diese Bauern- und Soldatenmassen nichts als eine Partei des Friedens und Landverteilung, nichts weiter! Nur darum haben diese Massen die Partei auf den Thron erhoben und ihr die Staatsgewalt anvertraut."

Und in der eigenen Stellungnahme heißt es: "Und trotz der uralten kommunistischen Tradition ist auch der Muschik dem modernen Sozialismus gegenüber der antikollektivistische Bauernschädel. Auf sich selbst angewie-

sen, kann Rußland selbst durch die stürmischste Revolution nicht für den Sozialismus reif werden. Er scheitert an der Klippe der Bauernschaft. So hätte also Gorki mit seinen Warnungen recht gehabt. Der engschädelige Politiker des "Erreichbaren", der auf seine Pfennigvernunft pocht, wird ihm Recht geben. Vom großen historischen Standpunkt aus hat er vollkommen Unrecht. Er kämpft mit seiner Warnung gegen Windmühlen, gegen "der Geschichte ehrnes Muß". "Die Menschen machen ihre Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen." Die Proletarier Petersburgs mußten die Bourgeoisieherrschaft stürzen und die Staatsgewalt in die Hand nehmen. Die Bolschewiks aber konnten keine andere als sozialistische Politik machen. Die bürgerliche Politik hatte Schiffbruch gelitten, ohne Ehre, ohne Größe. Die Bolschewiks konnten nur proletarische, sozialistische Politik machen, selbst auf die Gefahr des Zusammenbruchs." ("Arbeiterpolitik", 1.7.1918)

Im September 1918 kam es zu weiteren Aktionen der Arbeiter. Am 28. September fand eine stürmische Versammlung der nunmehr 11000 köpfigen Belegschaft der AG "Weser" gegen die Wucherpreise für Lebensmittel statt. Am 7. Oktober nahmen Vertreter der Bremer Linken in der Reichskonferenz des Spartakusbundes in Berlin teil. Die Konferenz stellte u. a. folgende Forderungen auf:

1. Unverzügliche Freilassung aller politischen Gefangenen, Befreiung aller Soldaten, die wegen militärischer und politischer Verbrechen verurteilt sind.
2. Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes.
3. Sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.
4. Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen ohne jede Entschädigung.
5. Enteignung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke und Hütten, wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit, Festsetzung von Mindestlöhnen.
6. Enteignung des Groß- und Mittelgrundbesitzes, Übergabe der Leitung der Produktion an Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern.
7. Durchgreifende Umgestaltung des Heereswesens.
8. Abschaffung der Todes- und Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.
9. Übergabe der Lebensmittelverteilung an Vertrauensleute der Arbeiter.
10. Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien.

Als die bürgerliche und die sozialdemokratische Propaganda bei der Ernennung des "liberalen Kanzlers" Prinz Max von Baden und dem Eintritt der Sozialdemokraten Scheidemann und Bauer versuchte, den Arbeitern die neue Regierung als die ihre zu verkaufen, zeigte die Arbeiterpolitik die Hintergründe des Regierungswechsels und die Absicht der Sozialdemokraten auf:

"Das ist die Bedeutung des gegenwärtigen Systemwechsels. Darüber muß man sich im klaren sein: Der neue liberale Kanzler und seine Minister sollen genau dieselben Ziele verwirklichen, genau dieselben Interessen wahrnehmen, wie die früheren konservativen Regierungsleute. Es handelt sich nur darum, die Methoden herauszufinden, durch welche die bestehende Ordnung und die herrschenden Interessen in Deutschland am wirksamsten geschützt werden können. Deshalb darf man sich auch nicht wundern, daß der neue Reichskanzler so wenig wie die früheren daran denkt, volle Rede- und Versammlungsfreiheit zu gewähren. Die Zensur wird nicht etwa aufgehoben. Auch nicht einmal jene minimale Forderung wird erfüllt, welche der Mehrheitsblock des Reichstags auf sein Programm geschrieben hatte, daß nämlich die Zensur auf die internationale Politik und die rein militärischen Angelegenheiten beschränkt werden solle. Sondern der Reichskanzler hat nur verkündet, daß bei Zensur, Versammlungen usw. 'die Gesichtspunkte der zivilen Verwaltungsbehörden maßgebend zur Geltung kommen' sollen. Weiter nichts. Und wir werden ja sehen, ob diese Gesichtspunkte wesentlich anders sein werden als die übrigen.

Unter diesen Umständen versteht es sich ganz von selbst, daß die sogenannte Sozialdemokratische Partei aus vollem Herzen mithilft. Das entspricht durchaus ihrem Verhalten, wie es seit Kriegsbeginn offenbar geworden ist. Welchem Zweck diene denn ihre Kreditbewilligung am 4. August? Doch nur dem einzigen Zweck, die Arbeiter zu begeistern für diejenigen Ziele, für welche der Krieg unternommen wurde. Dieselben Ziele werden auch noch heute von der Reichspolitik angestrebt. Und Herr Ebert hat ja erst noch vor ganz kurzer Zeit gesagt, man müsse vor allen Dingen verhüten, daß solche Zustände wie in Rußland bei uns eintreten. Solche Zustände wünscht Herr Ebert nicht; da versteht es sich ganz von selbst, daß er und seine Freunde mithelfen, sie zu verhindern." ("Arbeiterpolitik" vom 12.10.1918)

Am 4. November fand eine Massenversammlung der USPD statt, auf der diese Forderungen aus dem Oktoberprogramm des Spartakusbundes proklamiert wurden. Am gleichen Tag führten die Werftarbeiter einen Warnstreik gegen die verschärften Akkordbedingungen durch. Am 5. November wurde eine Versammlung der rechten SPDler von revolutionären Arbeitern gesprengt. Am 6. November brach in Bremen der Sturm los.

## Der Kampf um Bremen \*)

Als, nach vorangegangenen Massenversammlungen am 4. und 5. November am 6. November der Sturm in Bremen losbrach, waren die namhaften Führer der Linksradiakalen... nicht zur Stelle. Sie steckten irgendwo an den Fronten oder saßen in Berlin und anderswo in den Gefängnissen. Am 6. November wählten die Arbeiter der Weserwerft Arbeiterräte und befreiten zusammen mit aus Kiel herübergekommenen Matrosen die Militärgefangenen im nahen Oslebshausen. Am selben Tag machte die Rebellion eines Wehrmannes, Ecks, auf dem Kasernenhof den Abtransport marschbereiter Fronttruppen unmöglich. Unter linksradikaler Führung nahm ein Transport von Matrosenmeutern auf dem Bahnhof die Waffen der Begleitmannschaft an sich und zog zur Kaserne. Den am Abend die Straßen durchziehenden und dann vor dem Rathaus versammelten Massen kündigte der Unabhängige Frauskiewicz, der Vertreter der schärferen Tonart in der USP und Gegenpart Henkes, die Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates an. Im Rathaus nahm man die Sache nicht so ernst, schrieb man doch erst den 6. November. Die konservativen Patrizier hielten zur selben Stunde würdevoll Parlaments-sitzung, die sogenannte Bürgerschaft, ab und beschlossen, doch eingeschüchtert, auf sozialdemokratischen Antrag das gleiche Wahlrecht, wobei sich der Senat jedoch das Vetorecht vorbehielt. Henke aber versuchte die Konkurrenz der Rechtssozialisten zu schlagen durch einen Mißtrauensantrag gegen den bereits machtlosen Senat. Aber auch die SPD stimmte gegen Henke. Mit solchem Possenspiel begannen die rechten und linken Sozialdemokraten die Revolution. Ihm entsprach die Zusammensetzung des am selben Tage gebildeten Soldatenrats, in dem der örtliche Kommandeur, Oberst Lehmann, saß. Dies Idyll dauerte allerdings nicht lange. Der 7. November sah Riesendemonstrationen, der Arbeiterrat wurde gebildet, und die SPD machte eiligst mit. Am 9. November hatten die Offiziere unter dem Druck der Werftarbeiter den Soldatenrat räumen müssen. Der Senat wollte am 11. November den Stempel auf die geordnete Revolution drücken durch eine Vorlage für das gleiche Wahlrecht, aber am 14. November setzte der Arbeiterrat ihn ab <sup>4)</sup>. Henke allerdings wollte

---

\*) Auszug aus der Illustrierten Geschichte der Deutschen Revolution.

4) Ausdruck der derzeitigen Meinung des Soldatenrats ist eine Erklärung des Rates vom 15. November 1918:

Der Soldatenrat von Bremen protestiert dagegen, daß die Reichsregierung die Befehlsgewalt der Offiziere wieder einsetzen will. Der Zusammenbruch des alten Systems hat dieselben erledigt.

Eine Regierung, die Hand in Hand mit den Trägern des alten Systems arbeitet, hat ihr Urteil selbst gesprochen, wir bekämpfen diese als Feind der neuen Gewalt der Arbeiter- und Soldatenräte.

Das Parlament ist aufgelöst, die darauf ruhende Regierung hat keine Machtbefugnisse mehr. Die örtlichen Soldaten- und Arbeiterräte haben die Gewalt

damit nach dem Muster Hamburgs, wo er sich persönlich Rat holte, den Senat nur nach außen verschwinden lassen, ihn sich aber als Verwaltungshilfe warm halten; "Ich glaube verkünden zu dürfen, daß auch der Senat zu seinem Teile seine frühere Tätigkeit gemeinsam mit dem Arbeiter- und Soldatenrat fortführen wird. (Bravo!) Es wird also die Verwaltungstätigkeit nicht darunter leiden. Die Maschine läuft, aber Lokomotivführer ist der Arbeiter- und Soldatenrat, der Vertreter des gesamten Volkes. Die Demokratie hat gesiegt und soll weiter siegen. Das ist der Sinn dieser neuen Einrichtung, die alles in allem natürlich nur ein Provisorium sein kann." Dementsprechend wurden *denn auch* Vereinbarungen getroffen. Jedoch der Radikalisierungsprozeß setzte sich schnell fort. Die Offiziere wollten, wie der Senat, mittun. Ihr Anbiederungsversuch wurde vom Soldatenrat, in den Karl Jannack eingetreten war, abgewiesen. Am 18. November konnte der im Gefängnis körperlich schwer mitgenommene Johann Knief in Bremen erscheinen, nachdem er erst die Linksradikalen in Dresden, dann in Cuxhaven, mit seinem Rat unterstützt und von dort *eine Abteilung Matrosen nach Bremen dirigiert hatte, die in der Folge den Kern der bewaffneten Arbeitermacht bildete.*<sup>4)</sup> Knief betrieb sofort mit aller Kraft den Aufbau der Partei und die Agitation. Massenversammlungen verlangten, um die verwaschene Volksbewegung zur Klassenbewegung zu gestalten,

und werden diese auch gegen die anmaßende Gewalt der Regierung Ebert, Haase durchsetzen, *solange dieselben bürgerliche Politik treiben und keine sozialistische.*

#### 1. Vors. Ecks Exek.-Aussch. Jannack, Meyer, Rietschel

In diesen Tagen schrieb Knief unter dem Namen Peter Unruh auch eine Broschüre "Vom Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bis zum Beginn der proletarischen Revolution", die den Charakter der Novemberrevolution und die Rolle der SPD, der USPD, der Räte und der Kommunisten scharf umriß. Mit Unterstützung kommunistischer Vertrauensleute beim Zentralrat der Marine wurden von der Broschüre 100 000 Exemplare angefertigt und in kurzer Zeit im ganzen Reiche verbreitet, was angesichts der Schwäche der kommunistischen Presse und der auch noch in den Vorderreihen der Arbeiterklasse herrschenden Unklarheit nicht von geringer Bedeutung war. Kniefs Stärke lag, wie es nach dieser Broschüre scheinen konnte, nicht nur in der scharfen Analyse der jeweiligen Lage. Als gegen seinen Rat die Kommunisten in Bremen im Dezember 1918 gegen die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung entschieden, konkretisierte er sofort die sich aus dieser Entscheidung ergebenden Aufgaben, wie er denn überhaupt die gegenwärtigen und nächsten Aufgaben mit hervorragendem Geschick als Schritte auf dem Wege zur Macht herauszuarbeiten und deutlich zu machen wußte. Rosa Luxemburgs Absage an den Terror beantwortete er im Dezember im "Kommunist" mit rücksichtsloser Kritik, warf der Spartakuszentrale Beschränkung auf aufpeitschende Agitation vor und solidarisierte sich immer wieder mit den Bolschewiki und ihren Kampfmethoden.

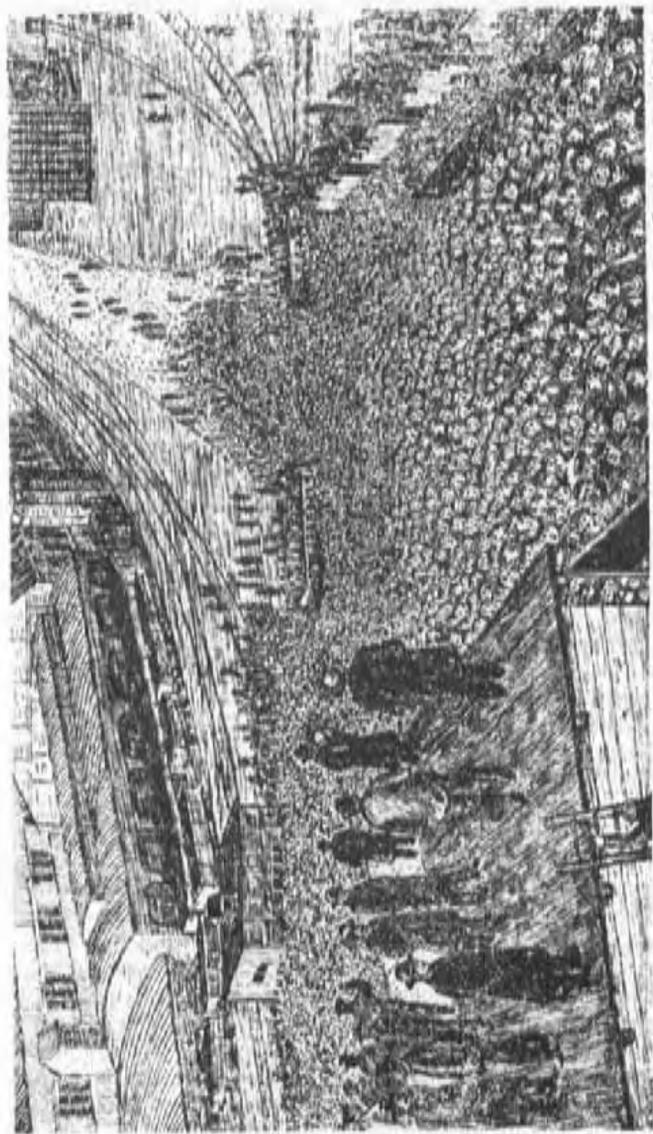


Hissung der roten Fahne am 15. November 1918

vom Arbeiter- und Soldatenrat die schroffe Herausarbeitung aller proletarisch-revolutionären Forderungen, die Bewaffnung der industriellen Arbeiterschaft, die Entwaffnung aller nicht rein proletarischen Elemente, die Entfernung aller Bürgerlichen und Sozialpatrioten aus dem Arbeiter- und Soldatenrat, die Zurückgabe der "Bürgerzeitung" an die Organisation der Linksradikalen, Beschlagnahme der Papiervorräte der bürgerlichen Presse, um die Arbeiterpresse vor Papiernot zu schützen, Beschlagnahme der Lebensmittelvorräte der Großbourgeoisie, die restlose Entfernung des Senats und der Bürgerschaft (des Parlaments) und der Polizei. Diese Forderungen wurden auch in den Betrieben propagiert.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte zwar die Ausschreibung der von den Rechtssozialisten geforderten Wahlen zu einer Volksvertretung abgelehnt, seine Mehrheit wollte aber auch von den kommunistischen Forderungen nichts wissen und lehnte noch am 22. November die Übergabe der "Bürgerzeitung" ab, worauf am 27. November der "Kommunist" erschien. USP und SPD warben unter der Garnison, suchten aber die kommunistische Agitation unter den Soldaten zu verhindern, deren Vertrauensleute sich für die Nationalversammlung erklärten. Ein Bürgerrat bereitete in Erwartung des baldigen Einmarsches der Bremer Fronttruppen einen gegenrevolutionären Anschlag vor. Am 24. November erschien eine Massendemonstration vor dem Rathaus und erzwang nach einer Rede Kniefs Abstimmungen im Arbeiter- und Soldatenrat, bei denen ein Antrag gegen die Nationalversammlung und für die proletarische Diktatur (wegen der Forderung nach der Diktatur) mit 97 gegen 56 Stimmen, bei 36 Stimmenthaltungen des Soldatenrats und eines Teiles der USP, abgelehnt wurde. Die Bewaffnung des industriellen Proletariats wurde mit 100 gegen 19, die Verwandlung der "Bürgerzeitung" in ein Organ des Arbeiter- und Soldatenrates mit 89 gegen 31 Stimmen angenommen. Die Sozialdemokraten, die sich zum großen Teil vor den letzten Abstimmungen entfernt hatten, drohten mit Austritt aus dem Arbeiterrat, wenn die "Bürgerzeitung" angetastet werde, was denn auch nicht geschah. Der "Kommunist" zog aus der Nichtdurchführung der angenommenen Anträge und den Abstimmungen des Arbeiter- und Soldatenrats den Schluß: "Der Arbeiterrat hat Farbe bekannt. In seiner jetzigen Zusammensetzung hat er sich als reaktionäres Organ enthüllt. Er hat sich für die Nationalversammlung ausgesprochen. Er hat in einer grundlegenden Frage gegen den Willen der Massen entschieden. Das Ergebnis? Neuwahlen zum Rat. Neuwahlen unter Ausschluß der Mehrheitssozialisten. Schaffung eines Rates, der zum Schwatzen unfähig, dafür aber zum Handeln umso fähiger ist." Und an anderer Stelle hieß es, die Kommunisten hätten die Mehrheit der industriellen Arbeiter hinter sich. Aber nicht auf Bremen allein komme es an, es gelte, in Bremen die Klassenforderung schroff und klar zu erheben und so weit durchzusetzen, als es der Stand der revolutionären Bewegung im Reiche und insbesondere in Nordwestdeutschland gestatte.

"Ihr steht auf Vorposten! Ihr dürft nicht in blindem Kampfeswillen nur



Nach der Zeichnung eines Arbeiters

### Versammlung der Arbeiter der Westwerft

Am 28. November 1915 setzten die Arbeiter der Westwerft eine Lohnerböschung durch. Der leitende Direktor Dr. Tietens wollte „unter Protest“ mit Hinkers Zustimmung die Erklärung der Lobförderung der Lohnforderung vom Fenster des Verwaltungsgeländes aus verlesen, wurde jedoch auf Knies Vorschlag zurückgezogen, zu den Arbeitern herauszukommen und vom Schuppengebäude seine Erklärung abzugeben. Der Schuppen hieß fortan „Carossa-Schuppen“. — Auf dem Schuppen vorn rechts durch Alfred Henke und links von dem die Erklärung verlesenden Tietens die kleine Gestalt Johann Knies.

geradeaus vorwärtsstürmen. Ihr müßt eure Blicke in größere Weiten senden – über Bremen hinaus! Ihr steht auf Vorposten! Ihr müßt die anderen nach euch ziehen. Schafft hier in Bremen eine Zentrale für die revolutionäre Propaganda in Nordwestdeutschland. Laßt diese Zentrale die Besten unter euch über den ganzen Bezirk verstreuen. Laßt diese Zentrale Flugschriften drucken. Tragt Sorge für deren weiteste Verbreitung. Wenn diese Aktion Hand in Hand geht mit dem Kampfe, den ihr hier am Orte führt und weiterführen sollt – dann, aber nur dann führt dieser Kampf euch vorwärts." Die KPD sandte in den nächsten Tagen und Wochen eine ganze Anzahl Genossen in die weitere Umgebung. Der Einzug des in Bremen aufgestellten Reserve-Infanterie-Regiments 213 war angemeldet. Der Bürgerausschuß organisierte eifrig, agitierte in öffentlichen Versammlungen für die Wiedereinsetzung des Senats und protestierte telegraphisch gegen das Verbot einer Demonstration bei Ebert, der nachdrücklichst für Achtung der Versammlungsfreiheit zu sorgen versprach. Die Banken machten dem Arbeiter-Kreditschwierigkeiten. Im Arbeiter- und Soldatenrat wurde am 9. Dezember ein Antrag auf volle Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft mit 173 gegen 34 Stimmen abgelehnt.<sup>5)</sup> Am 21. Dezember nahm die USP

- 5 Weiteres aus der Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrats:  
*Ergebnis der Mitarbeit der revolutionären Lehrer in der linksradikalen Bewegung seit dem Schulstreit 1905* waren schulpolitische Forderungen des Schulausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates, dessen Mitglieder Hermann Böse, Heinrich Eildermann, Klawitter, Esdorn und Alfken waren. "Der Bib lische Geschichtsunterricht und die Morgenandachten sind abzuschaffen. *Belehrungen über Religionsgeschichte* gehören in den Geschichtsunterricht. Der Geschichtsunterricht wird ersetzt durch sachgemäße kulturhistorische Belehrungen im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus. Wo bisher der Geschichtsunterricht zur Verherrlichung der Hohenzollern und des Krieges mißbraucht worden ist, muß das künftig unterlassen werden. *Abfällige Äußerungen über die Revolution* sind nicht gestattet. Es muß alles unterbleiben, was geeignet ist, die Stimmung zu einer Gegenrevolution zu schüren. In den Lehrerbibliotheken sollen Werke aus dem Gebiet des wissenschaftlichen Sozialismus aufgenommen werden. Eine Behandlung der in den Lesebüchern aufgenommenen tendenziösen geschichtlichen Stoffe muß in der Folge unterbleiben. Bilder von einer auf die Hohenzollern und den Krieg bezüglichen Tendenz sind aus den Schulen zu entfernen. Die wegen ihrer politischen Überzeugung und wegen ihres Kampfes gegen die Schulbürokratie gemaßregelten Lehrer sollen wieder eingestellt werden. In der Schulpflichtverwaltung ist das autokratische System abzuschaffen. Der Schulleiter ist dem Kollegium nebenzuordnen, an dessen Beschlüsse er gebunden ist. Die Wahl des Schulleiters erfolgt durch ein demokratisches Verfahren auf begrenzte Zeit. Der Schulleiter ist nicht berechtigt, die Unterrichtsmethode und Unterrichtsergebnisse zu kontrollieren. Die Lehrenden unterstehen in der Aufsicht über ihre Tätigkeit dem Ausschuß des Arbeiterrates für

mit Hilfe des Soldatenrats die "Bürgerzeitung" in Besitz, worauf die Kommunisten erklärten, eine Zusammenarbeit mit den Unabhängigen in einer Redaktion sei nicht mehr möglich. Das am 11. Dezember eingezogene Reserve-Infanterie-Regiment 213 versuchte der Bürgerschaft durch festliche Bewirtung zu gewinnen, doch demobilisierte der in seiner Zusammensetzung teils radikalisierte Soldatenrat die Mannschaft alsbald und begann Ende Dezember die der USP und KPD angehörenden militärisch ausgebildeten Arbeiter zu bewaffnen<sup>6)</sup>.

Knief, der ständig zur Bewaffnung der Arbeiterschaft getrieben hatte, wandte sich sofort gegen die vom Soldatenrat begonnene Bewaffnung aller, teils erst nach dem Aufruf zur Bewaffnung eingetretenen Mitglieder der beiden Parteien und drang auf Bildung absolut zuverlässiger Abteilungen als Kern der bewaffneten Arbeitermacht. Nicht nur der Ton der bürgerlichen Presse, die in zwei Fällen auf ein paar Tage verboten wurde, auch andere Umstände deuteten auf einen wohlgeordneten Vorstoß des Bürgertums hin. Das 75. Infanterie-Regiment, etwa 600 Mann stark, kam am 30. Dezember vor der Stadt an und sandte dem Arbeiter- und Soldatenrat eine Abordnung, die 1. Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft, 2. Aufnahme von sechs Mitgliedern in den Soldatenrat, 3. Übernahme des Wachdienstes, 4. Besetzung der Kaserne verlangte. Nicht mehr!<sup>7)</sup> Die von Henke geführten Unterhändler sagten die Erfüllung der drei letzten und nochmalige Prü-

---

Unterricht und Bildung. Es ist erwünscht, daß an jeder Schule Eltern- und Schülerräte gebildet werden."

- 6 Die illegale Bewaffnung eines Teiles der kommunistischen Arbeiter war schon früher mit aus Cuxhaven herangeholten Waffen durchgeführt worden.  
7 In der politischen Propaganda zur Neutralisierung der 75er gab der Soldatenrat folgendes Flugblatt heraus:

Arbeiter, Bürger und Soldaten!

Unser aktives Regiment 75 liegt vor den Toren Bremens. Es ist die letzte Rast vor dem Einzuge.

Freuden-, Sieges- und Kampfeswünsche wehen ihnen wie ein Sturm entgegen. - Endlich soll der heimatliche Einzug im glorreichen Triumpfe gipfeln. Die Wünsche des Regiments sowie vieler Bürger überbrachte gestern eine Kommission der 75er dem hiesigen Soldatenrate. Was sind die Wünsche? - Einzug in die Kaserne! Jawohl, ihr Arbeiter, Bürger und Soldaten. Die Kameraden, die treu ihren Mann gestanden haben, als die Garnison sich erhob und die Reaktion stürzte, diese Treukämpfer der Revolution sollen die Kasernen räumen! Und warum? Sind nicht unsere 75er Fleisch von unserem Fleische, die ebenso unter der alten Knechtschaft des Militarismus gelitten haben? Sind sie nicht ebenso daran interessiert, daß unsere, durch die Kriegspolitik der alten Machthaber zusammengebrochene Wirtschaft wieder neu aufgebaut wird, und zwar nicht auf dem System der Sklavenausbeutung, sondern auf dem System wo Ausbeutung der Menschen durch Menschen nicht mehr mög-

fung des ersten Punktes zu. Das Regiment zog am Neujahrstag unter dem Jubel des Bürgertums ein, wurde aber durch eine Kriegslist überrumpelt und von Arbeitern und Matrosen entwaffnet. Zwar gelangten die Führer des Regiments, Major Caspari und ein Leutnant, nach Verhandlungen dennoch in den Soldatenrat, zogen es aber angesichts der drohenden Haltung der bewaffneten Arbeiter vor, nach einigen Tagen wieder zu verschwinden, um sich insgeheim der Organisation eines Freikorps zu widmen.

Anfang Januar traf die Kommunisten ein unersetzlicher Verlust, Johann Knief erkrankte schwer und starb nach Monaten, am 6. April, an den Folgen einer Blinddarmoperation. Es sollte sich bald zeigen, wie sehr er der, durch starken Zustrom neuer, politisch nicht gefestigter Mitglieder, schnell gewachsenen Partei in Bremen fehlte. Auf den 6. Januar waren endlich die Arbeiterratswahlen angesetzt. Wählen konnten nur die Mitglieder der SPD, USP und KPD, und zwar in den Betrieben, denen auch die Arbeitslosen zugewiesen wurden. Hausfrauen und Zwergbetriebe wählten in Stadtbezirken. Die Beschränkung des Wahlrechts auf die politisch organisierten, anstatt auf die rein proletarischen Schichten, war ein rechter USP-Gedanke. Bei der KPD mußte eine mehr oder weniger starke Verwässerung des politischen Standes der Mitgliedschaft die Folge sein, während den unabhängigen Organisationskonstruktoren Mitgliederzuwachs so gut wie alles war. Die SPD zog jedoch nicht nur ihren Nutzen aus dem nach Bekanntgabe dieses Wahlrechts einsetzenden starken Zulauf zu den drei Parteien, sie veranstaltete die tollsten Schiebungen, ließ unter den Beamten, den Schutzleuten, Warenhausangestellten, die für die Wahl als Legitimation zugelassenen Aufnahmescheine verteilen, zählte in Großbetrieben die Bürger bis zum Direktor hinauf zu ihren "Mitgliedern" und suchte mit den zahlreichen,

---

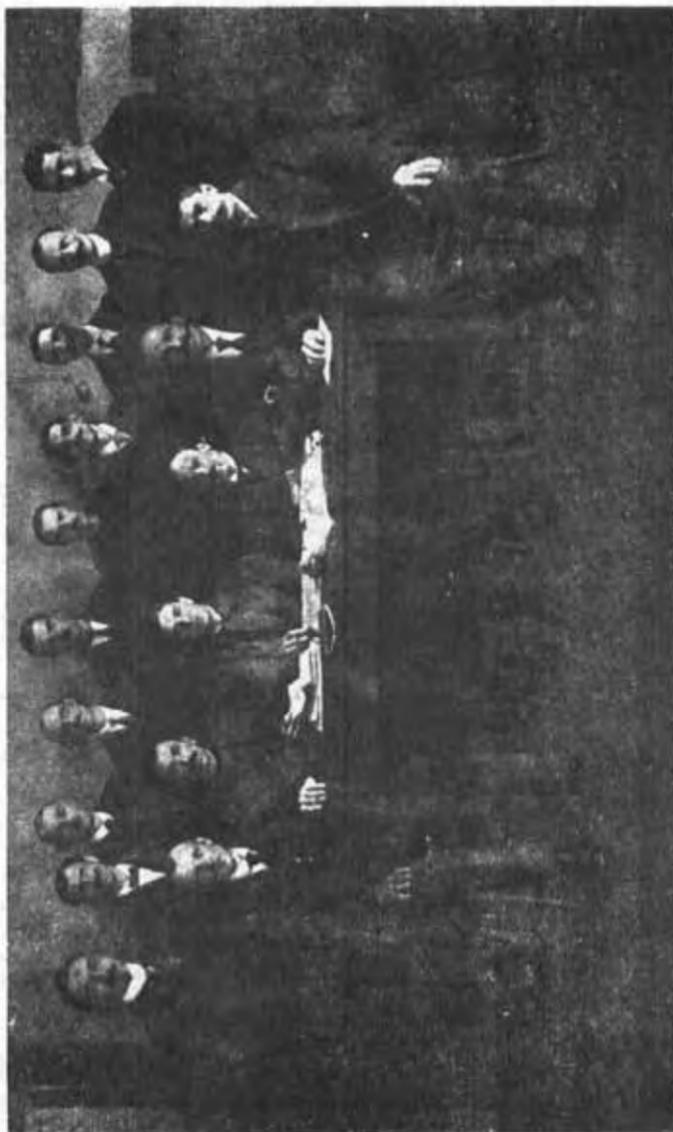
lich ist. Frei sei der Mensch und gebt ihm Freud und Arbeit.

Arbeiter, Bürger, Soldaten, wer organisiert den Brudermord? Die Reaktion hat den Verleumdungsfeldzug gegen den Arbeiter- und Soldatenrat eröffnet, nach diesem Trommelfeuer soll der Angriff erfolgen. Ihr Soldaten, wollt ihr nochmals Krieg? Nein, weder für noch gegen die Revolution wollt ihr bluten. Ihr wollt endlich nach Hause, Ihr wollt nach den jahrelangen Entbehrungen Ruhe, Ruhe und Frieden, und wir in dem Soldatenrat, wir wollen die Vorbrüderung und nicht den Brudermord. Reicht uns die Hand!

Ihr Kameraden der 75er, kommt Ihr als Freund oder als Feind?! Wißt Ihr, wozu dunkle Elemente Euch gebrauchen wollen, kennt Ihr die übelriechenden Gerüche, die Euch als Werkzeuge neuer Putschversuche verwenden wollen? Kameraden, zeigt öffentlich, daß Ihr mit den blutdürstigen Elementen nichts gemeinsam habt, macht dieser jetzt auf der Stadt lastenden Atmosphäre ein Ende, erklärt öffentlich, ob Ihr Gegner der Arbeiter- und Soldatenräte seid oder nicht. Offenheit und Wahrheit gibt Ruhe und Ordnung!

Soldatenrat Bremen, Schilling, 2. Vors.

Soldatenrat Bremen, Exekutive, Alb. Meyer



### Der Arbeiterrat der Weserwerft

Der im Januar 1919 gewählte Arbeiterrat (von links nach rechts, stehend): 1. Robert Weisert (SPD), 2. Willi Driksen (KPD), 3. Haas Höcker (KPD), 4. Seppel Müller (KPD), 5. Fritz Facher (KPD), 6. Zimmermann (USP), Stehendi: 1. Kubitzki, Schreibkraft des Arbeiterrats, 2. Bernward Stiehr (KPD), 3. Brandes (KPD), 4. Dünker (USP), 5. Hopp (KPD), 6. Gerhardt (KPD), 7. Rosenboom (USP), 8. Kuhkopf (KPD), 9. Ingenieur Lindner (SPD), 10. Bechthold (USP).

schwer kontrollierbaren Kleinbetrieben die Mehrheit zu gewinnen. Die SPD hatte 113, die USP 64 und die KPD 62 Mandate erhalten. Die Kommunisten hatten dieses Resultat vorausgesehen und im "Kommunist" bereits am 3. Januar gesagt, die Massen würden die Sozialpatrioten, die sich auf schlaue Wahltricks glaubten verlassen zu können, zum Tempel hinaus jagen. Der Beginn der auf das ganze Reich zurückwirkenden Kämpfe in Berlin tat ein übriges. "Nieder mit Ebert-Scheidemann und hinaus mit ihren Wortführern aus dem Arbeiter- und Soldatenrat in Bremen! Restlose Abdankung des Senats! Einsetzung von Volkskommissariaten! Ausscheiden aller bürgerlichen und rechtssozialistischen Elemente aus dem Soldatenrat!" Das waren die Forderungen einer von den Kommunisten veranstalteten riesigen und teils bewaffneten Demonstration, die am 10. Januar vor dem Rathaus erschien. Gegen den Willen der Soldatenratsmehrheit machte auch ein Teil der Garnison mit.<sup>8)</sup> Der Arbeiter- und Soldatenrat stimmte ohne die ausscheidenden Rechtssozialisten den Forderungen zu und wählte in einen Rat der Volkskommissare, bestehend aus je drei Vertretern der KPD, der USP und des Soldatenrats, Henke, Frasunkiewicz, Kaiser, Rietschel und Drettmann von der USP und Knief, Dannat, Jannack und Bäumer von der KPD. Knief wurde in Abwesenheit in der Hoffnung auf eine baldige Genesung gewählt. Er hatte sich kurz vorher schon vom Krankenlager gegen die Überschätzung der Berliner Ereignisse und für Bremen gegen eine lokale, verfrühte Machtergreifung ausgesprochen. Neben dem Rat der Volksbeauftragten, in dem Henke und Frasunkiewicz den Vorsitz hatten, wurde ein Vollzugsrat eingesetzt, der aus den neun Leitern der Volkskommissariate (Schule und Bildung, Polizei und Gerichte, Ernährung, Finanzen, Volkswohlfahrt, Arbeit und Fabriken, Bauten und Wohnungen, Schifffahrt und Verkehr, Presse und Propaganda) und je drei Vertretern der USP und der KPD, insgesamt aus neun Unabhängigen und sechs Kommunisten bestand.<sup>9)</sup>

8 Außerdem veranstaltete die "Junge Garde" eine Demonstration auf dem Doms-  
hof, auf der Konrad Brauckmüller die sozialistische Jugend zum Mitkämp-  
fen für die proletarische Diktatur aufrief.

9 Die Volkskommissariate wurden folgendermaßen besetzt:

1. Volkskommissariat für das Schul und Bildungswesen:  
Leiter: Herrmann Böse, Beiräte: Heinrich Eildermann, Klawitter
2. Volkskommissariat für das Polizei- und Gerichtswesen:  
Leiter: Herold. Beiräte: Düe, Becker
3. Volkskommissariat für das Ernährungswesen:  
Leiter: Vögeding, Beiräte: Klima, Grabowsky
4. Volkskommissariat für das Feuer- und Finanzwesen:  
Leiter: Ertinger, Beiräte: August Hagedorn, Fritz
5. Volkskommissariat für die Volkswohlfahrt:  
Leiter: Kerrls, Beiräte: Jörn, Kullrich
6. Volkskommissariat für das Fabrik- und Arbeitswesen:  
Leiter: Radzuhn, Beiräte: Sommer, Osermann, Manthey

Bremen wurde zur selbständigen sozialistischen Republik erklärt, die Entwaffnung aller bürgerlichen Elemente binnen 24 Stunden angeordnet, die bürgerliche Presse unter Vorzensur gestellt, das Standrecht verhängt und ins Reich telegraphiert: "An alle Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands! Das Bremer Proletariat, empört über das Blutregiment der mit dem Ausbeutertum verbündeten Ebert-Regierung, hat sich heute, am 10. Januar 1919, losgesagt von jeder Gemeinschaft mit dem Blutterror der Bourgeoisie, der sich in Berlin im Kampfe gegen das Proletariat offenbart. Das Bremer Proletariat hat sein Geschick in die Hand einer eigenen proletarischen Volksregierung gelegt. Das Bremer Proletariat fordert den dortigen Arbeiter- und Soldatenrat auf, sich ihm im Kampfe gegen das Blutregiment des Bürgertums anzuschließen. Der Rat der Volkskommissare, Bremen."

In der Umgebung wurden am 11. Januar in Vegesack und Blumenthal die Behörden abgesetzt, was in Delmenhorst bereits am 8. Januar geschehen war.

Bereits am 13. Januar wirkte sich die Niederschlagung der revolutionären Arbeiter Berlins dahin aus, daß der Arbeiter- und Soldatenrat mit 101 gegen 88 Stimmen (bei den letzteren der von Fraskiewicz geführte Teil der USP) die vom Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat gegen sechs Stimmen beschlossene Verhinderung der Wahlen zur Nationalversammlung ablehnte. Am nächsten Tag unternahm auf Anstiften der SPD-Führer ein Teil der Garnison unter Führung des Soldatenrats Meyer, angeblich, um die völlige Entwaffnung der Garnison zu verhindern, einen Angriff gegen die bewaffneten Arbeiter. Wichtige Punkte der Stadt wurden besetzt, der Stadtkommandant Ecks und die Soldatenräte Jannack und Reimann verhaftet. Nachmittags mißlang ein Versuch, die Arbeiter der Weserwerft zu entwaffnen, wobei es vier Tote und Verwundete gab.<sup>10)</sup> Den ewig schwankenden,

---

7. Volkskommissariat für das Bau- und Wohnungswesen:

Leiter: Starker, Beiräte: Götz, Hoyer

8. Volkskommissariat für Schiffahrt und Verkehrswesen:

Leiter: Schaare, Beiräte: Diedrichs, Schaper

9. Volkskommissariat für Presse und Propaganda:

Leiter: Alfred Faust, Beiräte: Störmer, Willems

In den Vollzugsrat wurden, neben den 9 Leitern der Volkskommissariate, Braune, Brauckmüller, Herold, Stockinger, Bremermann, Otto gewählt.

- 10 Organisator der bewaffneten Gegenwehr der Werftarbeiter war Julius Obadowski. Er gehörte zu den Linksradikalen und war im Krieg Feldwebel gewesen. Die Werftarbeiter zerschlugen den gegen die Bewaffnung der Arbeiter gerichteten Putsch und entwaffneten die Putschisten. Ein Mitstreiter aus der Zeit der Revolution berichtet uns folgende Geschichte:

# Einwohner Bremens!

Die Entscheidung ist gefallen! Um nicht mit in den selbstmörderischen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hineingerissen zu werden, hat das werktätige Volk Bremens, das revolutionäre Proletariat, sein Schicksal in die eigene Hand genommen!

## Ueber Bremen ist das Standrecht verhängt!

**Die gesamte wirtschaftliche und politische Macht liegt in den Händen der proletarischen Volksregierung.**

Bremen ist eine selbständige sozialistische Republik.

### **Der Senat ist abgesetzt!**

Alle im Besitz von Waffen befindlichen Bürger und Offiziere haben ihre sämtlichen Waffen bis Sonnabend, den 11. Januar 1919, nachmittags 5 Uhr, im neuen Rathaus abzugeben.

 Nach diesem Termin in unerlaubtem Besitz von Waffen  betroffenen Personen verfallen dem Standrecht!

**Alle Rangabzeichen sind sofort abzulegen.**

## **Diebstahl, Raub, Plünderung**

sind Verbrechen gegen die sozialistische Gemeinschaft!

In Ausübung dieser Verbrechen betroffene Personen werden sofort erschossen!

## **Jeder gegenrevolutionäre Versuch wird als Hochverrat mit sofortigem Erschiessen geahndet.**

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird die Polizeistunde vorläufig auf 9 Uhr abends festgesetzt und der Ausschank von Wein und Spirituosen verboten!

**Einwohner Bremens!** Alle getroffenen Maßnahmen dienen dem Schutz der Allgemeinheit. Sorgt selbst für die Durchführung der getroffenen Bestimmungen, dann ist der Bürgerkrieg eine Unmöglichkeit, dann ist die Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung gesichert, die Wohlfahrt der Gesamtheit gewährleistet.

Bremen, den 10. Januar 1919.

**Der Rat der Volkstommisariate.**

Proklamierung der Räterepublik

auf der Werft als Vermittler erscheinenden Henke hielten die Arbeiter für den Schuldigen und hätten ihn bald niedergeschossen. Die Vorfälle des Tages wurden auf beiderseitige Mißverständnisse zurückgeführt und der Kompromiß geschlossen, alle Waffen in Depots niederzuliegen und Wachen durch Arbeiter und Soldaten gemeinsam zu besetzen. Der Stadtkommandant trat zurück. Die Offiziere hatten der Garnison vergeblich ihre Hilfe angeboten, und die zum Eingreifen bereite, vor Bremen eingetroffene Verdener Artillerie, deren Erscheinen auf die Drahtzieher der Aktion hindeutet, zog wieder ab.

Die Lage verschärfte sich. Die gegenrevolutionären Zettelungen im Bürgertum wurden immer offener. Ärzte und Beamte drohten mit Streik. Die mit der Forderung nach Wiedereinsetzung von Senat und Parlament verbundene Kreditsperre machte der Räteregierung das Leben schwer. In Demonstrationen wurde gegen die Aufhebung des Religionsunterrichts und andere radikale Schulreformen protestiert. Der Rat der Volkskommissare begann zurückzuweichen, hob die Vorzensur der bürgerlichen Presse und den Belagerungszustand auf. Die Wahlen zur Nationalversammlung gingen am 19. Januar in aller Ruhe vor sich. Während die KPD am 21. Januar gegen die Finanzmanöver der Banken und Großindustriellen zum Generalstreik aufgerufen hatte, suchte sich eine kleine Gruppe der Kommunisten der Disziplin zu entziehen und führte am 20. und 21. Januar die Wiederholung der Aktion vom 14. Januar in umgekehrter Richtung durch, wobei die Garnison entwaffnet wurde. Die Sache wurde wieder eingelenkt, doch lehnte die USP eine Teilnahme am Generalstreik ab. Am 21. Januar beschloß der Arbeiter- und Soldaterrat gegen 17 Stimmen, für eine bremische Volksvertretung Wahlen auszuschreiben, die am 9. März stattfinden sollten. Doch die Tatarenberichte über Bremen hörten nicht auf, das Verlangen des Bürgertums nach Truppen zur Entwaffnung der Arbeiter wurde immer dringender.

Die Hetze gegen die revolutionären Arbeiter Bremens wurde genährt durch die Vorgänge am 27. und 28. Januar in Wilhelmshaven. Nach mancherlei Differenzen des dortigen unabhängig orientierten Einundzwanzigerrates mit

---

Der besondere Stolz der Arbeiter, besonders der Frauen, war die "gute Stube", die nur zu besonderen Festtagen betreten werden durfte. An einem Tag, als der Sturm den Schnee durch die Straßen fegte, hatte Genosse Obadowski zu einer Besprechung über militärische Fragen in seine Wohnung eingeladen. Als die Genossen vor der Tür standen und umständlich ihre Mäntel abschlugen und die Stiefel säubern wollten, trat ihnen die Frau des Hauses entgegen und sagte: "Laßt nur, Genossen, ischa Revolution", und führte sie in die gute Stube. Diese Äußerung zeigt, daß selbst die Frauen aus ihrer Lethargie herausgerissen worden waren und den Kampf der Männer zu dem ihrigen machten.

der SPD hatte der Rat das nationalliberale "Wilhelmshavener Tageblatt" beschlagnahmt und eine Zeitung "Die Tat" gegründet. Als am 11. Januar die Kommunisten die "Wilhelmshavener Zeitung" besetzten, kam es zu einer Aktion der Decksoffiziere und Berufssoldaten mit dem Erfolg, daß beide Zeitungen freigegeben und zwei Berufssoldaten in den Rat aufgenommen wurden. Die nächsten Tage brachten Demonstrationen und Gegendemonstrationen, und am 27. Januar besetzten Arbeiter und Matrosen öffentliche Gebäude. Sie wurden aber bald durch die Berufssoldaten, die sich der Führung des seit Wochen heimlich mit der Aufstellung einer Offizierstruppe beschäftigten Kapitäns Ehrhardt unterstellten, in die Tausendmann-Kaserne vertrieben. Nachts mit Bootskanonen, Gasgranaten und Maschinengewehrfeuer bombardiert, mußte die Besatzung morgens die Waffen strecken. Es gab insgesamt acht Tote und zahlreiche Verwundete. Eine führende Rolle hatte der junge Lehrer Jörn gespielt, dem die Parteileitung der KPD in Bremen bereits wegen der Eigenmächtigkeiten am 20. und 21. Januar in Bremen mit dem Ausschluß drohte. Eine vielberedete Entführung des Geldbestandes der Wilhelmshavener Reichsbankstelle nach der Kaserne war ein Provokateurstückchen, das nie ganz aufgeklärt wurde. Es steht nur fest, daß die erst viel später entlarvte gerissene Polizeiagentin Schröder-Mahnke in Wilhelmshaven in Matrosenuniform umherlief und die Hände im Spiele hatte.

Für die Reichsexekution gegen Bremen führte die Reichsregierung als wichtigsten Grund die Gefährdung des Auslaufens der für den Transport amerikanischer Lebensmittel bestimmten Schiffe an. Von Gefährdung konnte keine Rede sein. Die Lohnforderungen der hundsgemein bezahlten und immer noch der vorsintflutlichen Seemannsordnung unterstellten Seeleute waren mehr als berechtigt und wurden in allen Häfen, vor allem auch in Hamburg erhoben. Die Differenzen waren außerdem beigelegt, als Noskes Aktion begann. Aber angesichts der im ganzen Reiche flackernden Feuer mußte der Reichsregierung der alte radikale Brandherd Bremen als böses Beispiel für das Reich und vor allem für die Wasserkante um so gefährlicher erscheinen, als hier die Bewaffnung der Arbeiter trotz der bereits erfolgten Zugeständnisse an die bürgerliche Demokratie aufrecht erhalten worden war. Am Donnerstag, 30. Januar, meldete ein Telegramm, die Reichsregierung habe zur Wiederherstellung geordneter Zustände Truppen nach Bremen in Marsch gesetzt, worauf der bremische Rat der Volksbeauftragten mit einem Protesttelegramm antwortete, in dem es hieß: "In Bremen herrscht völlige Ruhe und Ordnung. Differenzen zwischen Regierung und Bürgerschaft werden durch Verhandlungen gelöst. Spartakisten befinden sich nirgends an leitender Stelle."

Nachts verhandelte noch eine Bremer Abordnung ergebnislos mit dem Hauptmann Danner, den die Division Gerstenberg, die aus in Berlin freigewordenen Truppen zusammengestellt war, als Unterhändler bestimmt hatte. Tags darauf telegraphierte der Arbeiter- und Soldatenrat Bremer-

haven und der nach Bremen geeilte Vorsitzende des Soldatenrats des 9. Armeekorps an Noske, es herrsche Ruhe und Ordnung, die Lebensmittelschiffe könnten auslaufen, er solle die Truppen zurückziehen. Die in Hamburg versammelten, durch die Verordnung über die Kommandogewalt vom 19. Januar ohnehin aufgebrachtten Vertreter des 9. Armeekorps telegraphierten: "Hamburg, 31. Januar. Die Delegierten des IX. Armeekorps protestieren mit aller Schärfe gegen die Entsendung von Truppen in den Bereich des IX. AK. Die Soldatenräte des IX. AK sind entschlossen, mit allen Mitteln für die Ordnung selbst einzustehen. Wir sehen in dem letzten Schritt der Regierung eine Kriegserklärung an das IX. AK und sind bereit, die letzten Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Soldatenräte des IX. AK sind entschlossen, die wenigen Errungenschaften der Revolution zu verteidigen und sind überzeugt, die überwiegende Mehrzahl der Soldatenräte hinter sich zu haben. Wir verlangen, daß die in den Bereich des IX. AK entsandten Truppen zurückgezogen werden."

Mit der inzwischen weiter gegen Bremen vorgerückten Division wurde schließlich ein Waffenstillstand erzielt, wonach bis zum Sonnabend, 1. Februar, der Vormarsch einzustellen sei. Die Arbeiterschaft der ganzen Wasserkante empfand die Aktion gegen Bremen als Bedrohung. Das sozialdemokratische "Hamburger Echo" leitartikelte: "Sollen wir durch den Militarismus die Revolution erwürgen lassen?" und fand scharfe Töne gegen Noske. Der große Arbeiterrat in Hamburg beschloß am Sonnabend mit 232 gegen 206 Stimmen auf Antrag Laufenbergs, der Soldatenrat des 9. Armeekorps solle unverzüglich alle gebotenen militärischen Maßnahmen ergreifen, sofortige Sicherung der Anmarschstraßen, Bewaffnung der Arbeiterschaft innerhalb 48 Stunden, Besetzung des Hafens. Beschlagnahme sämtlicher Lebensmittellager, Unterstützung Bremens mit allen militärischen Mitteln. Die SPD war nur für Theaterdonner, und stimmte fast geschlossen dagegen. Der oberste Soldatenrat Hamburgs jedoch drohte Noske am selben Tage mit der Mobilisierung des 9. Armeekorps und der gesamten Arbeiterschaft Hamburgs, und der Bevollmächtigte des Sicherheitswesens, Vogler, telegraphierte nach Bremen: "In der Stunde der Gefahr stehen wir hinter euch."

In Bremen hatte man sich dahin geeinigt, daß die Arbeiter die Waffen unter Kontrolle des Beauftragten des 9. Armeekorps an die vom Armeekorps dafür bestimmten Truppen abliefern sollten. Die Arbeiterratsmitglieder der Mehrheitssozialisten, die am 1. Februar wieder zu den Arbeiter- und Soldatenrats-Sitzungen hinzugezogen wurden, baten unter Hinweis auf die Entwaffnungsabmachung telegraphisch in Berlin um Aufschub des Einrückens der Division. Am Sonntag, dem 2. Februar, kam morgens 3 Uhr, folgende Vereinbarung zustande: "Die Volksbeauftragten Bremens sind bereit, auf Verlangen der Reichsregierung zurückzutreten. Die bewaffnete Arbeiterschaft Bremens ist bereit, an den Korpsoldatenrat des IX. AK alle Waffen und Munition abzuliefern. Der Oberste Soldatenrat Groß-Hamburg und der Korpsoldatenrat des IX. AK verbürgen sich für die Durchführung der Ent-

waffung und für Wiederherstellung geordneter Zustände in Bremen. Die Mehrheitssozialisten Bremens und sämtliche Vermittler erbitten von der Reichsregierung die sofortige Zurückziehung der Division Gerstenberg, da deren Auftrag restlos erfüllt ist. Die Division Gerstenberg erklärt, im Laufe des 2. Februar in die Stadt Bremen und in Hemelingen nicht einzumarschieren, falls kein Truppenzug von außen nach Bremen erfolgt. Die Genossen Rusch und Wrede (Siebener-Ausschuß Groß-Hamburg) und Graeger (Arbeiterrat Oldenburg) werden der Stadtkommandantur Bremen zur Kontrolle beigeordnet und halten die Verbindung mit der Division Gerstenberg aufrecht. Genosse Lampl vom Zentralrat und Leutnant von Pritzelwitz, letzterer als Vertreter der Division Gerstenberg, überbringen dieses Abkommen der Reichsregierung.

Lampl, Vorsitzender des Soldatenrats in Hamburg; K. Ertinger, J. Drettmann, Frasukiewicz vom Rate der Volksbeauftragten Bremens, Waigand, Schindelhauer und Schelter als Vertreter der Mehrheitssozialisten, Graeger (Arbeiterrat Oldenburg), Rusch (Soldatenrat Groß-Hamburg), Libertin und Frese (Soldatenrat Bremen), Pool (Korpssoldatenrat des IX. AK), Behrens (Landtagsabgeordneter Oldenburg), Hauptmann Danner und Leutnant von Pritzelwitz (Div. Gerstenberg)."

Von den Unterzeichnern gehören Drettmann, Frasukiewicz, Frese der USP, Ertinger der KPD, alle anderen, einschließlich des Hauptmanns Danner und des Junkers von Pritzelwitz, der SPD an. Henke, der Vorsitzender der Bremer Regierung der Volksbeauftragten, war am 2. Februar zur Erfüllung seiner parlamentarischen Pflichten zur Nationalversammlung nach Weimar gefahren. Am Montag, beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat einstimmig:

1. Rücktritt der jetzigen Regierung und Bildung einer Regierung, die paritätisch zusammengesetzt ist unter Mitwirkung aller sozialistischen Parteien und nach Verhältnis der abgegebenen Stimmen im Arbeiter- und Soldatenrat.
2. Die bewaffneten Arbeiter erklären sich bereit, die Waffen abzugeben an die einrückenden Hamburger und Bremerhavener Truppen, die alsdann die Sicherung Bremens übernehmen und den Sicherheitsdienst organisieren.
3. Die Division Gerstenberg verpflichtet sich, in ihren Stellungen zu bleiben und den Einmarsch der Hamburger und Bremerhavener Truppen nicht zu behindern. Nach dem Einmarsch dieser Truppen rückt die Division Gerstenberg ab."

Bis Montag abend war Waffenruhe vereinbart, doch es kam zu Plänkeleien der Vorposten. Aber am Montag vormittag telegraphierte die Reichsregierung, die auf alle Protesttelegramme keine Antwort erteilt hatte, an die Division: "Der Bremer Rat der Volksbeauftragten tritt sofort zurück. Es ist

im Laufe des Montags eine neue Bremer Regierung zu bilden auf Grund des Stimmenverhältnisses bei den Nationalratswahlen. Ablieferung der Waffen hat sofort an die neugebildete Regierung zu erfolgen. Sind diese Bedingungen einwandfrei erfüllt, wird die Division Gerstenberg Bremen nicht besetzen. Reichsregierung."

Die letzte Differenz war mithin die Entwaffnung der Arbeiter vor dem Abzug der Division, denn die "Ablieferung der Waffen an die neugebildete Regierung" wäre ebenfalls auf die Waffenabgabe an die Garnison herausgekommen, die ebenso wie der Vertreter des 9. Armeekorps gegen Noskes Verordnung zur Kommandogewalt rebellierte. Jedoch hatten Reinhardt und Lüttwitz Noske kategorisch erklärt, das Prestige der Truppenführung ertrage den Rückzug nicht.<sup>11)</sup> Als die ganze Wasserkante protestierte, war die von den aufgetürmten Schwierigkeiten umgebene Reichsregierung schwankend geworden. Am 2. Februar kam während der Kabinettsitzung auch noch ein gegen den Gewaltakt mit Bergarbeiterstreik drohendes Telegramm aus dem Ruhrgebiet. Noske sagte dazu in einem Erinnerungsartikel am 8. November 1928 im Berliner "Acht-Uhr-Abendblatt": "Ich steckte das Blatt in die Tasche und sagte von dem Inhalt meinen Kollegen kein Wort. Ich setzte durch, daß meinen Vorschlägen, am nächsten Morgen gegen Bremen zu marschieren, falls keine Unterwerfung erfolge, zugestimmt wurde."

Während Noske so mit Lüttwitz im Rücken seine Mitregierer als nicht ganz verlässliche schlappe Kerle behandelte, schoben sich in Bremen die Gerstenberger weiter an die Stadt heran. Die Arbeiter hatten sich nicht, wie so oft in dieser Revolution, durch die Verhandlungen in Sicherheit wiegen las-

- 
- 11 Auch der Major Caspari spielte dabei eine Rolle. Er hatte den Gerstenbergern eine Bremer Freiwilligentruppe von etwa 200 Mann zugeführt. In einem Erinnerungsartikel erzählt sein Adjutant, Oberstleutnant a.D. Kloße: "Das militärische Eingreifen am 4. Februar 1919 war das Ergebnis vorausgegangener, damals streng geheim gehaltener Besprechungen der Vertreter der politisch und wirtschaftlich interessierten Kreise Bremens mit dem Major Caspari. Diese Besprechungen setzten sich später in der Reichskanzlei und bei Noske fort. Auch die Reichsregierung war von der Notwendigkeit des militärischen Eingreifens durchdrungen." - "Als am 3. Februar, abends, die Bremer Unterhändler nochmals nach Verden kommen, somit die Gefahr besteht, daß Hauptmann Danner sich auf weitere Verzögerungen einläßt, reißt Caspari die Geduld und er verlangt von Oberst Gerstenberg unter Hinweis auf den Noskeschen Befehl den Vormarschbefehl für den nächsten Tag." - Caspari wurde nach Bremens Eroberung in Anerkennung seiner Verdienste zum Stadtkommandanten und später zum Polizeiobersten ernannt. In seiner Freiwilligentruppe spielte der Leutnant Fritz Fuhrmann eine hervorragende Rolle, der später als Fememörder zu Zuchthaus verurteilt wurde. - Der mehrfach erwähnte Hauptmann Danner wurde später Polizeioberst in Hamburg.

sen. Seit am 30. Januar das Alarmtelegramm aus Berlin die Fabriksirenen in Bewegung setzte, war an der Bewaffnung der Arbeiterschaft gearbeitet worden. Zu dem einen vorhandenen Geschütz fügte ein nächtlicher Handstreich beim Beginn der Kämpfe ein zweites. Doch war die Division Gerstenberg der geringen Zahl der im Kampfe ernsthaft zu wertenden Verteidiger, insgesamt etwa 500 Mann einschließlich einer aus Cuxhaven herbeigeeilten Abteilung Matrosen, militärisch weit überlegen. Mit Maschinengewehren und Handgranaten, Schrapnells, Minen und Granaten wurde der hartnäckige Widerstand der Arbeiter und Matrosen Schritt um Schritt niedergekämpft. Die Garnison hatte sich neutral erklärt und auf der Kaserne die weiße Fahne gehißt. Barrikaden wurden mit Geschützfeuer beseitigt. So drangen die im großen Bogen Bremen umfassenden Gerstenberger den weichenden Revolutionären bis an die Weserbrücken nach. Um 1 Uhr mittags hatte der Rat der Volksbeauftragten die Einstellung des aussichtslosen Kampfes befohlen. Aber die Kämpfer an den Brücken wichen nicht von ihren Plätzen. Selbst Panzerautomobile konnten an der großen Weserbrücke nicht durchstoßen, und erst nach Stunden, nachdem die Angreifer eine große Zahl Minen gegen die Verteidiger der Brücke geschleudert hatten, vermochte das Korps Caspari um 5.30 Uhr über die Große Weserbrücke vorzudringen, während die Gerstenberger aus anderer Richtung am Marktplatz angekommen waren. Um 6.30 Uhr läuteten die Domglocken den Sieg der weißen Garden des Arbeiters Noske ein. Um die Kaiserbrücke jedoch, an der ein zerschossenes Großes Gasleitungsrohr brannte, ging auch jetzt noch der Kampf weiter, bis dem allseitigen Vordringen die Arbeiter und Matrosen auch hier weichen mußten und auf glänzend durchgeführtem und gedecktem Rückzug die Gröpelinger Vorstadt und die Weserwerft erreichten. Auf dem Minensucher der Cuxhavener Matrosen, auf requirierten Lastautos und Schleppdampfern fuhr der Rest der Kämpfer westerabwärts nach Vegesack, wo sie vergeblich Nachrichten von der Hilfe Hamburgs erwarteten, um den Kampf wieder aufzunehmen. Die Fahrt wurde nach Bremerhaven fortgesetzt. Da sah man die Flüchtlinge so scheel an, daß erst durch Drohungen Verpflegung zu erhalten war. Dem Versuch, über die Nordsee Cuxhaven zu erreichen, machte ein Schneesturm, in dem ein Dampfer auf Strand gesetzt wurde und mühsam abgeschleppt werden mußte, ein Ende. Nur die Matrosen kamen trotz des Wetters nach Cuxhaven durch. Ehe die übrigen Kämpfer die Fahrt nach Bremerhaven zurück antraten, versenkten sie unter dem Gesang der Internationale ihre Waffen. Es gelang ihnen dann doch, auf dem Landweg das noch sichere Cuxhaven zu erreichen... Der Kampf hatte den Arbeitern 28, den Weißgardisten aber 46 Tote gekostet, während durchweg bei den Revolutionskämpfen umgekehrt die Arbeiter den weitaus größeren Teil der Opfer brachten. Es fehlte nicht die Erschießung eines Arbeiters "auf der Flucht", die Ermordung eines anderen, weil er, als Gefangener im Lloyd-Bahnhof mit dem Gesicht zur Wand gekehrt, die ermüdeten Arme sinken ließ. Die weiße Justiz besorgte den Rest.

Den Unterweserorten Bremerhaven, Geestemünde usw., auch Wilhelmshaven und anderen Orten wurde mit der Besetzung und der Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte durch die Gerstenbergische Ordnungstruppe sehr bald für das Wohlverhalten während der Bremer Kämpfe die Quittung zugestellt.

In Bremen herrschte die von Noske eingesetzte provisorische Regierung der Mehrheitssozialisten Rhein, Dammer, Deichmann, Wellmann, Winkelmann, die sich im April zur Koalition entwickelte. Während aller Versuche, den Einmarsch durch Verhandlungen zu verhindern, saß Deichmann im Stab der Division, die nichts unternahm, was Deichmann nicht billigte, wie Noske später ausdrücklich feststellte. Der Widerstand der Bremer Arbeiter war ungebrochen. Am 5. Februar wagten sich die Gerstenberger in voller Stärke gegen die Weserwerft vor, besetzten sie, holten die rote Fahne herunter und setzten den unter Führung von Höcker, Deisen und Miller stehenden Arbeiterrat ab. Aber schon am nächsten Tage flatterte die rote Fahne wieder über der Werft, hatte die Belegschaft die Wiedereinsetzung des Arbeiterrats, den Abzug der Truppen vom Werftgelände und die Bezahlung des Streiktages durchgesetzt. Die Weserwerft blieb denn auch das Zentrum der revolutionären Bewegung. Der massive Verrat der SPD-Führer im Februar, die Provokation des in der Stadtwehr organisierten Bürgertums, die Einkerkierung revolutionärer Arbeiter führte zur Bildung des Einundzwanziger-Ausschusses der Betriebe<sup>12)</sup>, dessen Forderungen der Senat wochenlang ignorierte. Am 13. April stellte der Ausschuß folgendes Ultimatum: Aufhebung des Belagerungszustandes, Freilassung der noch Verhafteten, Unterstützung der Hinterbliebenen der Opfer des 4. Februar, Gleichstellung der Lebensmittelbelieferung der Bevölkerung mit der Stadtwehr, Entwaffnung des Bürgertums und Bewaffung der organisierten Arbeiter, Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Als keine Antwort erfolgte, setzte am 15. April ein wuchtig durchgeführter Generalstreik ein. Der Senat schickte das bewaffnete Bürgertum in provozierender Weise gegen die Arbeiter vor, wobei es wieder Tote und zahlreiche Verwundete gab. Massenhaft wurden Verhaftungen vorgenommen. Außerordentliche Kriegsgerichte verurteilten Arbeiter, die mit bewaffneten Bürgern aneinandergeraten waren und ihnen den Schießprügel abgenommen hatten, wegen "Straßenraubes" zu Zuchthaus bis zu 15 Jahren. Der Senat und sein Stadtkommandant leisteten sich einen beispiellosen Geniestreich. Auf Befehl begann ein bürgerlicher "Abwehrstreik". Alle Geschäfte einschließlich der Milchläden und der Verkaufsstellen des Konsumvereins, die Gast- und Speisewirtschaften, die Apotheken und Krankenhäuser wurden geschlossen. Kein Arzt half den Kranken, keine Krankenpflegerin und Hebamme durfte arbeiten. Selbst das Wasserwerk wurde vom Senat stillgelegt, so daß die Bevölkerung aus der Weser schöpfen mußte. Die-

12 Vorsitzender des Einundzwanziger-Ausschusses war der Betriebsratsvorsitzende der Hansa Lloyd-Werke, Max Opfermann, 1928 aus der KP ausgeschlossen, nach 1945 Mitarbeit in der Gruppe "Arbeiterpolitik"

ser Wahnsinn brach nicht zuletzt am Widerstand des empörten kleinen Bürgertums , nach sechs Tagen zusammen, für alle Zeit die Erinnerung daran hinterlassend, wessen die sozialdemokratische Führerschaft im Kampf gegen klassenbewußte Arbeiter fähig ist. Am 30. April wurde der Generalstreik mit einem Teilerfolg einheitlich und geschlossen abgebrochen.

## **Der linksradikale Kader in der Zeit nach der Revolution**

Mit der Gründung der KPD am 1.1.1919 in Berlin gab es noch keine einheitliche kommunistische Partei. In den Grundsätzen des Kommunismus einig, mußte noch der Weg gefunden werden, im hochindustrialisierten Deutschland die proletarische Revolution zu verwirklichen.

Nach der Ermordung Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und Leo Jogiches fehlten die erfahrensten Führer der deutschen Arbeiterbewegung auf Reichsebene; zusätzlich fehlte im lokalen Bremer Raum nach dem Tode Johann Kniefs der bisher politisch führende Kopf. Dem betrieblichen Kader fiel in Bremen nun die Führung zu. Die Grundhaltung, mit der dieser Kader aus den Revolutionskämpfen herauskam, schlägt sich nieder in der letzten Ausgabe der "Arbeiterpolitik" vom 8.3.1919:

### **DER SCHWINDEL DER DEMOKRATIE**

"Hegel bemerkt irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce."  
Karl Marx im 18. Brumaire

Eine jener großen Lügen, mit denen das arbeitende Volk betäubt wird - wie "Vaterland", "Freiheit", "Unabhängigkeit" - , ist auch jene von der "Demokratie" . "Wir leben in einem demokratischen Staatswesen", sagt man uns, "in dem alle Bürger gleichberechtigt sind."

Als die große französische Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts siegte, klangen die Losungen ähnlich: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Es ist ein Neuaufleben überkommener Schlachtparolen, längstvergessener Fanfaren. Nur , daß die Parolen und Fanfaren, die Kostüme und Masken den heute Lebenden nicht mehr ganz passen.

"Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nie Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienst auf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparolen und Kostüme, um in dieser altehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen."

Aber während in der großen französischen Revolution die große Masse des Bürgertums wirklich um Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit kämpfte - Befreiung aus den wirtschaftlichen Fesseln des Feudalismus, Gleichheit vor den Gesetzen des Kapitalismus, Brüderlichkeit innerhalb der aufstrebenden Ausbeuterklasse - kämpft heute die große Masse des Volkes, das arbeitende Proletariat, um ganz andere Dinge. Was nützt ihm die "Freiheit", wenn diese es ermöglicht, daß jeder Reiche jeden Nichtbesitzenden zum Sklaven machen kann, was soll ihm die "Gleichberechtigung aller Bürger", wenn diese Gleichberechtigung das Bollwerk bildet zur Aufrechterhaltung dieser Ordnung, wenn die Demokratie die Grundlage ist, auf welcher der stärkere Geldsack über den schwächeren siegt! "Die soziale Revolution des neunzehnten Jahrhunderts", sagt Marx "kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen sondern nur aus der Zukunft. Sie kann nicht mit sich selbst beginnen, bevor sie allen Aberglauben an die Vergangenheit abgestreift hat. Die früheren Revolutionen bedurften der weltgeschichtlichen Rückerinnerungen, um sich über ihren eigenen Inhalt zu betäuben. Die Revolution des neunzehnten Jahrhunderts muß die Toten ihre Toten begraben lassen, um bei ihrem eigenen Inhalt anzukommen.

Die Demokratie ist das letzte Bollwerk der Bourgeoisie. Mehr: es ist die Diktatur der Bourgeoisie. Als nach dem Sturze des Militärabsolutismus das Vorrecht des Geldsackes übrig blieb, da hat die "freie demokratische Republik" jene Rolle übernommen, welche bisher den Schergen der Monarchie eigen war: Korruption und Spitzeltum, politische Verfolgung, Kerker und Ausweisungen blühen stärker denn ehedem. Gegen die weißen Polizeigarden des Glöckel und Mataja sind die Stürkghschen Polizeigewalten das reine Kinderspiel. Versammlungsterror, Zensur und Broschürenkonfiskation haben noch niemals so schamlos ihr Haupt erhoben, die persönliche Freiheit, welche wir nur vom Hörensagen kennen, hat nun auch in dem Arbeitspflicht-gesetz der Bourgeoisie ihren politischen Ausdruck gefunden. Aber die dies alles am Gewissen haben, sind "Demokraten", die Seitz und die Renner, die unter der falschen lügenhaften Maske der "Sozial"- "Demokratie" sich der Arbeiterschaft als Führer aufgedrängt haben, um nun alle die Grundsätze, Prinzipien und Weltanschauungen des Proletariats, die sie bisher predigten, zu verraten.

"Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Kommunismus" und vor ihm fürchten sich das Kapital und seine Helfershelfer und Agenten, die Sozialpatrioten aller Zungen und Länder. Und das Mittel, um sich sei-

ner zu erwehren, ist die "Demokratie", ist die rücksichtsloseste Unterdrückung der Ziele und Bestrebungen des arbeitenden Volkes, dessen Sieg dem übergroßen Teile der Menschheit zugute kommt, dessen Vernichtungskampf nicht einzelnen Personen, sondern einer Klasse gilt, eben jener Klasse der Ausbeuter und Herrscher.

Die Demokratie ist das Mittel, welches den Besitzenden erlaubt, ihren Bestand mit allen Möglichkeiten, die ihnen zu Gebote stehen, zu verteidigen. Sei es Angriff oder Defensive, weiße Gardien oder Parlamentsobstruktion, Wirtschaftsboykott, Stimmenkauf oder Arbeiterfang - der Besitzende verzichtet auf keinen Vorteil, der ihm sein Dasein verlängert. Demokratie bedeutet Gleichberechtigung, aber innerhalb der heiligen Ordnung des Kapitalismus. Nicht die Demokratie aufzuheben ist das Ziel der klassenbewußten Arbeiter, sondern Aufhebung des Kapitalismus, Demokratie innerhalb der Ordnung des Sozialismus. Dies erst bedeutet wahre Demokratie, denn sie hebt die Vorrechte der einzelnen auf, welche nicht politischer, sondern wirtschaftlicher Natur sind.

Der "Demokratie", dieser falschen Maske der Jetztzeit, der Farce des sozialen Befreiungskampfes, stellt die klassenbewußte Arbeiterschaft die Parole der Diktatur des Proletariats entgegen. Herrschaft der von dem revolutionären Proletariat im Arbeitskleid und Waffenrock gewählten Räte, Absetzung aller unproduktiven Klassen von ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht. Nur in einer Gesellschaft, in der die Arbeiter regieren, wird die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sowie die vollständige Sozialisierung der erzeugten Güter möglich sein. Jeder andere Zustand begünstigt und verlängert das Regime des Kapitalismus und der Konterrevolution. Fort mit der Maske der Geschichtskomödie, welche ein kleines Geschlecht der großen Zeit vorhält, aus der Farce werde eine Fanfare, aus der "demokratischen" eine sozialistische, eine kommunistische Republik, durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats."

Der Zustrom neuer Mitglieder und die veränderte politische Lage nach der Niederlage der Revolution und der Gründung der Weimarer Republik setzten dem kommunistischen Kader schwere Aufgaben: Wie kann der vorherrschende sozialdemokratische Einfluß in der Arbeiterschaft überwunden werden? Was kommunistische Politik ist, konnte aus keinem Buch nachgelesen werden, es mußte unter den gegebenen Bedingungen selbst gefunden werden. So ist es nicht verwunderlich, wenn in der Mitgliedschaft Vorschläge entstehen, die als Mangel empfundene Spaltung der Arbeiterklasse durch eine Einheitsorganisation zu überwinden, wie es vom Vorsitzenden des Einundzwanziger-Ausschusses, Max Opfermann, geschah. Adolf Danna trug erheblich zur Klärung dieser Frage durch seinen Artikel in der Tageszeitung der KPD, Bezirk Nordwest "Der Kommunist" vom 3.4.1919 bei, indem er herausstellte, daß der organisatorischen Einheit die politische Einheit vorausgehen müsse:

## EINHEITSORGANISATION?

Der Ruf nach der Einheitsorganisation geht heute wieder durch weite Kreise der Arbeiterschaft. Vor dem Krieg und in der Kriegszeit wurde diese Frage sehr viel diskutiert und noch mehr darüber geschrieben, und das Resultat alles dieses war ein negatives. Wenn die Frage der Einheitsorganisation zu lösen gewesen wäre, die Arbeiterschaft hätte sie gelöst. Aber warum wurde die Einheitsorganisation trotz aller Propaganda und Diskussion nicht Wirklichkeit?

In den gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkreisen hat der Gedanke der Einheitsorganisation die Köpfe am meisten beschäftigt. Aber Gruppierung und Struktur der gewerkschaftlichen Verbände entsprachen der Gruppierung der gegenüberstehenden Unternehmerrmacht. Der Ruf der Arbeiter nach der Vereinigung aller Gewerkschaften entsprang dem Willen, eine einheitliche Kampfesfront gegenüber dem Unternehmertum zu schaffen. Aber die Gewerkschaften waren beim Bürgertum kreditfähig geworden. Ihre Aufgabe war eine andere: Befestigung des Kapitalismus durch Aussöhnung von Arbeiter und Unternehmer. Sie waren verbürgerlicht, die Einheitsorganisation behielt nur theoretischen Wert.

Als Reaktion auf dieses Aufgehen der Gewerkschaften im Bürgertum entstanden die syndikalistischen und anarchosyndikalistischen Lokalverbände, die im Wesentlichen eine Fortbildung anarchistischer Auffassungen für die Zwecke der Gewerkschaftsbewegung waren. Sie gaben die Parole der Einheitsorganisation aus, lehnten andererseits aber jede Zentralisation ab. Dieses war in sich schon ein Widerspruch. Eine Einheitsorganisation ist nur denkbar in zentraler Zusammenfassung. Die Parole Einheitsorganisation und Dezentralisation zugleich auszugeben, widerspricht jeder Logik. Aus der Erkenntnis heraus, daß die Ausbeutung der Arbeiter durch das Bürgertum aufrecht erhalten und nur möglich ist durch eine zentrale Staatsmacht, daß die Verbürgerlichung der Arbeiter vor sich ging durch Zentralorganisationen, schließen die Verfechter des Syndikalismus, jede Zentralisation mache den Arbeiter unfrei und hat Unterdrückung im Gefolge. Die Verfechter syndikalistischer Ideen, befangen in kleinbürgerlichen Gedanken, vermögen nicht zu erkennen, daß nach Aufhebung der Lohnarbeit, nach Vernichtung des Kapitalismus alle gesellschaftlichen Dinge, vor allem die zentrale Regelung der Produktion ein gänzlich anderes Wesen bekommen müssen. Ihr Ruf an die Arbeiter, in die Einheitsorganisation syndikalistischer Lokalverbände einzutreten, verhallt heute in der Forderung der Arbeiter nach dem Rätssystem, in der Forderung der Enteignung der Produktionsmittel.

Alle die Variationen der Einheitsorganisation kann man heute leichthin übergehen. Wir sind mitten in der proletarischen Weltrevolution. Die Schwierigkeiten, die im alten gewerkschaftlichen Kampf gegenüber den

Unternehmerverbänden bestanden, sind und werden erledigt durch die zweite Revolution. Kein Unternehmer-Verband steht heute im Angriff. Die Unternehmerschaft fürchtet den Streik. Durchaus nicht immer des materiellen Verlustes wegen! Die Unternehmerschaft als Klasse sieht sich in ihrer Existenz bedroht.

Der einzelne Unternehmer, die Unternehmer-Gruppe, steht den aus ihrer eigenen Gesetzmäßigkeit hervorbrechenden, wellenartig entstehenden Massenstreiks der Arbeiter ohnmächtig gegenüber. Jeder dieser Riesenstreiks wenn auch nur um Lohnerhöhung geführt, trägt, durch die Krisis innerhalb des Kapitalismus, notwendig eine politische Spitze. Die Unternehmer-Verbände sind ohnmächtig. Die Unternehmer als Kapitalistenklasse wenden sich an den "Arbeiter" Noske, ihren Anwalt innerhalb der Interessenzentrale des Kapitals, der Reichsregierung.

Der Bürgerkriegsminister kämpft nicht mit Aussperrungen. Er hat nicht diese wirtschaftliche Macht. Er kämpft mit den Mordwaffen der besiegten kaiserlichen Armee in den Händen adliger Offiziere und der Bourgeoisie. Im Brennpunkt des Kampfes steht das Rätssystem, die proletarische Diktatur.

Daß der Ruf nach der Einheitsorganisation aus den Arbeitermassen heute neu erschallt, beweist, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Einheitsfront der Arbeiterschaft da ist. Das Rufen danach aber zeigt, daß große Teile der Arbeiterschaft glauben die Einheitsfront durch beraten und organisieren erreichen zu können und sie kann doch nur durch unerbittlichsten Kampf kommen! Sie kann erst kommen durch den Sieg des Proletariats durch die Diktatur der unterdrückten Klassen über die Unterdrücker.

Aber bis dahin - aber um das zu erreichen müssen wir die Einheitsorganisation haben! So sagen ein großer Teil unserer Genossen und Arbeiter. Aber dann frage ich wie anders die Einheitsfront zusammenschweißen als durch Kampf gegen alle Unklarheiten innerhalb der Arbeiterschaft. Man kann mir antworten: Vereinigen wir doch die Arbeiter der drei sozialistischen Parteien! Jawohl! Aber das gibt noch keine Einheitsfront. Bei der ersten Offensive wird der rechte Flügel zum Bürgertum übergehen, die Mitte, die U.S.P. wird sagen, Ich bin nicht schuld gewesen und Spartakus hat allein den Stoß auszuhalten. Eine solche Einheitsfront ist Schwäche und besteht darum nicht mehr; denn wir kommen ja daher aus dieser einen alten Partei, die an innerer Schwäche zugrunde ging.

Der Zerfall der alten Sozialdemokratie bewies die Stärke des Proletariats, denn es löste sich von allem was bürgerlich, von allem was unabhängig von proletarischer Konsequenz war und sammelte sich in der Kampfesfront der Kommunistischen Partei. Gewiß sind große Massen der Arbeiter, die der U.S.P. angehören revolutionär und stehen uns nahe. Sie sind aber noch unter dem Einfluß guter Konjunkturpolitiker, die wenn es

vorteilhaft ist, erklären: Ich bin Spartakist und Bolschewik! Die bei anderer politischer Konjunktur rufen: Spartakus ist für uns eine Beschimpfung! Wir stehen auf dem Boden der klassischen Tradition! des Erfurter Programms!

Wie also zur Einheitsorganisation kommen? Geht es so, daß man wie im Bremer 2ler Ausschuß, der aus drei Parteien zusammengesetzt ist, erklärt, wir sind das neugeborene Kind. Geben wir uns nur noch den Namen, nennen wir uns Allgemeine Arbeiterpartei? Da wäre die Einheitsorganisation entstanden durch die Erklärung irgendeines Genossen - Eine Jobsiade. Nein! Die Augen auf ihr Arbeiter! Die Einigung aller Proletarier ist auf dem Marsch. Sie liegt im Siege des Kommunismus. Hindurch durch die Nebelwand der Unabhängigen. Kein Feilschen und Verhandeln mit dem Gegner. Man wage die revolutionäre Tat! Heraus aus der Arbeiterschaft mit der Diskussion über Einheitsorganisation, sonst diskutiert ihr und vergeßt was ihr in der Revolution zu tun habt.

Dannat.

Dannats Verwendung des Begriffes "Einheitsfront" hat noch nichts mit der Einheitsfronttaktik, die von der Zentrale der KPD herausgearbeitet und vom 3. Weltkongress der KI beschlossen wurde, zu tun.

Erst mit den Erfahrungen des Kapp-Putsches und der Märzaktion konnte die Einheitsfronttaktik herausgearbeitet werden: In gemeinsam mit reformistischen Arbeitern geführten Kämpfen sollten diesen Arbeitern Erfahrungen vermittelt werden, die sie benötigten, um den Übergang zum Kommunismus zu finden.

Der mit der Gründung der Kommunistischen Partei einhergehenden straffen Organisierung widersetzten sich besonders zur Organisation gestoßene Syndikalisten, so daß mit der Auseinandersetzung um die Statutenfrage auch der Kampf gegen den Syndikalismus geführt wurde. Am 8.7.1919 wurde die Situation in der Bremer Partei im "Kommunist" umrissen:

#### **DER SYNDIKALISMUS IN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI BREMEN**

Seit der Gründung der K.P.D. in Bremen reiben sich innerhalb der Partei auf politischem Gebiete die Gegensätze zwischen anarchistischem und marxistischem Kommunismus und dementsprechend auf organisatorischem Gebiet die Gegensätze zwischen syndikalistisch-föderalistischer Organisationsweise und zentralistischer Organisationsweise. In der gestrigen Mitgliederversammlung prallten die Gegensätze bei der Beratung des von einer Reichskonferenz beschlossenen Organisationsstatuts der Partei mit einer Schärfe auf einander, die zur Spaltung der Versammlung führte. Wir kennen die Mängel dieses Statuts, die die Illegalität unserer Arbeit zur Ursache haben und sind gewillt, zur Verbesserung dieses übrigens ausdrücklich provisorischen Statuts alles auf dem Wege und mit den Mitteln zu tun, die uns in unserer zentralistisch aufgebauten Reichsorganisation

zur Verfügung stehen. Aber bei den gestern abend aufeinander geprallten Gegensätzen handelte es sich nicht um diese Mängel, sondern um den Gegensatz zwischen zentralistischer und dezentralistischer Organisationsform schlechthin. Zwar gebrauchten die Syndikalisten diese Mängel geschickt in ihrem Auftreten, indem sie sie als in jedem Zentralismus unvermeidlich hinstellten, und dadurch gelang es ihnen auch in der gestrigen Versammlung, die in Wirklichkeit nicht in ihrer Mehrheit syndikalistisch war, die Mehrheit zu erobern.

Die Gegensätze haben sich zugespitzt. Die Entscheidung darüber, ob die Ortsgruppe Bremen der K.P.D. sich auf den Boden des Föderalismus und anarchischem Kommunismus oder auf den Boden eines gesunden Zentralismus und des marxistischen Kommunismus stellt, muß durchgeführt werden. Die Gegensätze sind unüberbrückbar. Bleiben sie in der Partei, so werden sie die innere und äußere Tätigkeit der Partei weiter hemmen und in schnellen entscheidungsfordernden Momenten zu einer schweren Gefahr werden. Syndikalisten und marxistische Kommunisten können in einer Organisation nicht fruchtbringend arbeiten. In der nächsten Mitgliederversammlung muß die endgültige Entscheidung fallen."

Die klärende Diskussion in der Partei<sup>13)</sup> in diesem Sinne schaffte die Voraussetzung dafür, daß die Mitgliederversammlung eine Resolution des Aktionskörpers annahm, die syndikalistische Propaganda in der Bremer KPD verbot. Damit war jedoch die Statutenfrage nicht vom Tisch. Sie brachte noch scharfe Auseinandersetzungen mit der Zentrale.

Intensiv wurde die Auseinandersetzung geführt um die Frage, wie Kommunisten in den Gewerkschaften arbeiten und wie Kommunisten zum Parlamentarismus stehen. In diesen Fragen hatte der linksradikale Kader besondere Erfahrungen gemacht. Die harte Konfrontation mit der Gewerkschaftsbürokratie, die frühe Lösung der Linksradikalen von der Sozialdemokratie und die starke Position in der Bremer Räterepublik bestimmten die Ausgangsposition des Bremer Kadern.

Nachdem sich die Bremer Bevölkerung im Januar 1919 für die Nationalversammlung ausgesprochen hatte und den Linksradikalen nicht gefolgt war, forderte der "Kommunist" auf, den Arbeitern bei der Wahl beratend zu helfen, in Wahlversammlungen eine gründlichst aufklärende Politik zu betreiben, in diesen Versammlungen die positiven Ziele der Kommunisten zu propagieren, dabei stets die konkreten Ziele im Auge zu haben und in die Versammlungen der Gegner zu gehen. Aus diesem Verständnis und um in der Zeit der Unterdrückung der Kommunisten nach dem 4. Februar legale Möglichkeiten des Kampfes zu schaffen, beschloß die Mitgliederversammlung am 9. Februar, an den Wahlen zur Bremischen Nationalversammlung teilzunehmen. Die kommunistische Wahlbeteiligung wurde

---

13 M.J. Braun, Gewerkschaft, Partei, Arbeiterrat

# Adolf Dannat †

Ein Führer liegt auf der Totenbahn. Im blühenden Mannesalter von 87 Jahren ist unser Genosse Adolf Dannat nach langem Leben von der Proletarierkrankheit, der Schwindsucht, hinweggerafft. In dem Genossen Dannat ist uns ein Freund, Kampfgenosse und Berater genommen worden, dessen sicheres, weitschauendes Urteil, dessen kühles Denken und reifes Wissen ihm alle Eigenschaften eines Führers gaben.

Als Schüler Panekoeks gehörte Genosse Dannat bereits vor dem Kriege dem linken Flügel der Sozialdemokratie an. Als der Krieg ausbrach, war Dannats Platz in den Reihen jenes engen Kreises Bremer Parteigenossen, der von der U.S. „Inblianerklub“ genannt wurde und die theoretische Klärung über die taktischen und prinzipiellen Streitfragen in der damals noch einheitlichen Partei vorbereitete. Adolf Dannat stand in der ersten Reihe jener Bremer Linksradikalen, die im Sommer 1916 in der „Arbeiterpolitik“ in voller Offenheit und Legalität inmitten des Kriegstobens das revolutionäre Banner entzollten. Weit über die deutschen Grenzpfähle hinaus ist in den Zeiten des rasenden Kriegessturmes die „Arbeiterpolitik“ die Standarte der proletarischen Revolution gewesen. Und mit der ohnmächtigen Wut, mit der die bürgerliche Klasse von jeder einer zum Siege wachsenden Sache gegenüberstand, richtete sie ihre Angriffe gegen die führenden Personen einer solchen Bewegung. Die im Inneren damals bereits schon mosche Militärdiktatur glaubte die beginnende proletarische Revolution damit zertreten zu können, wenn sie die Pioniere in Zwang und Fessel schlug. Auch Adolf Dannat, obgleich heeresuntauglich, wurde in das „Kaisers Rott“ gesteckt. Allerdings nach wenigen Tagen mußte er auf Grund unerhörter Strapazen ins Lazarett befördert und später entlassen werden. Doch hiermit endigte die Drangsalierung noch nicht. Auf den Ullas-Werken, wo Dannat als Former Arbeit fand, wurde die Drangsalierung fortgesetzt. Nach Beendigung des Krieges, in jener Periode, wo das Proletariat die Regierung in Händen hatte, war Dannat Beauftragter der kommunistischen Partei im Aktionsausschuß des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates. Nachdem der Senat abgesetzt war und die bremische Regierung umgebildet wurde, gehörte Dannat seit dem 10. Januar 1919 dem Rate der Volksbeauftragten an. Wenn wir noch kurz darauf hinweisen, daß Dannat im Herbst 1920 als Mitglied der Bürgerschaft bei der Polizeidebatte als erster Kommunist die Bereitwilligkeit unserer Partei zum Eintritt in einem aus allen drei Arbeiterparteien gebildeten Senat erklärte, so können daraus weite Kreise unserer Genossen erkennen, wie weitsichtig das Urteil unseres toten Freundes und Kampfgenossen war. Ein Gesamtbild seines Lebens zu geben, kann nicht unsere Aufgabe sein.

Adolf Dannat war ein Kämpfer in dem großen Heere der revolutionären Armee, einer jener Kämpfer, der in sich alle Gaben eines Führers vereinigte. Durch den Tod ist er nicht nur seiner Familie und seinen engeren Freunden entzogen, auch das revolutionäre Proletariat hat in ihm einen seiner besten und treuesten Kampfgenossen verloren.

Am Sonnabend, vormittag 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, wird unser toter Freund im Krematorium eingeläutert werden. Einen Augenblick wird sich die rote Fahne senken über der Bahre unseres gefallenen Kampfgenossen, aber dann wird sie wieder steigen und uns Lebenden vorangehen: **Zum Kampf und zum Siege der proletarischen Revolution!**

als notwendig zur Demaskierung der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parlamentarier angesehen. Wie schwer es war, diesen Gedanken in die Tat umzusetzen, zeigt die Tatsache, daß die kommunistischen Abgeordneten (8,4 % Stimmenanteil) im Parlament nicht mitarbeiteten und im Juni 1919 aus dem Parlament auszogen. Sie wollten weder nach der Art der alten Reichstagsfraktion "Reden aus dem Fenster" halten, noch in diesem Parlament "positive Arbeit" für das kapitalistische System leisten.<sup>14)</sup> Erst allmählich konnten die eigenen Erfahrungen und Erlebnisse der Räterepublik und der Zeit danach verarbeitet werden und damit bei grundsätzlicher Ablehnung des bürgerlichen Parlamentarismus eine taktische Einstellung auf die Situation gefunden werden, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse Illusionen über den Parlamentarismus hatte.

Die Berliner Zentrale vertrat den Standpunkt, eine Beteiligung an den Wahlen diene allein dem Ziel, die Arbeit unter den Massen agitatorisch und organisatorisch zu unterstützen. Karl Ertinger bereitete die Beschlußfassung in dieser Frage für Bremen vor, indem er im "Kommunist" im Januar 1920 schrieb: "In der Parlamentarismusdebatte darf das Verhältnis der Partei zur Masse nicht übersehen werden." Die Bremer Parteioorganisation faßte den Beschluß, daß die Vertreter der Partei die Pflicht haben, die Plattform der bürgerlichen Parlamente im Auftrag der Partei, und in stetigem Zusammenhang mit ihr für den revolutionären Kampf auszunutzen. Die bürgerliche Demokratie wurde als eine Täuschung der Massen, eine Verschleierung der Klassengegensätze zum Zweck der Lähmung des politischen Klassenkampfes charakterisiert. Mit dieser Marschroute gingen die Bremer Kommunisten an die Wahlen zur Nationalversammlung im Mai 1920. Im Wahlkampf sprach Heinrich Brandler in Bremen.

Die Kommunisten hatten in der Tradition der Bremer Linksradikalen Anfang 1919 eine starke Position innerhalb der Bremer Arbeiterschaft. So wurden im März 1919 auf einer Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, an der ca. 800 Mitglieder teilnahmen, die sozialdemokratischen Angestellten von der großen Mehrheit der kommunistischen und unabhängigen Arbeiter entlassen und durch Miller, Vögeding und Opfermann ersetzt; Gottwerth Becker war 2. Bevollmächtigter im Holzarbeiterverband der Zahlstelle Bremen.

In der reichsweiten Diskussion um die Haltung der Kommunisten zu den Gewerkschaften stellte Karl Becker im Juli 1919 im "Kommunist" dar, in welche Schwierigkeiten die Gewerkschaften nach dem Ende der Aufstiegsperiode des Kapitalismus gekommen sind. Er schrieb, daß im Gegensatz zu den neunziger Jahren, als die Arbeiter noch Einzelunternehmern gegenüberstanden und durch viele Streiks die Solidarität gefördert wurde, nun die fortschreitende Konzentration des Kapitals keine kleineren Streiks mehr möglich machte, Unternehmer mit Aussperrung antworten, große Streiks

---

14 Carl Stucke, Parlamentarismus oder Massenaktion? ("Kommunist")

die Streikkassen erschöpften, Lohnerhöhungen durch Preissteigerungen aufgehoben wurden. Rein wirtschaftliche Kämpfe waren nach dieser Analyse nicht mehr möglich, der Massenstreik jedoch, schrieb Karl Becker, trägt den Keim der politischen Aktion in sich. Karl Becker stellte fest, daß sich die Gewerkschaftsorganisationen gegen die Streiks stellen, also gegenrevolutionäre Organisationen sind: Sie wollen nur Tarifvertragspolitik, weil die Gewerkschaftsbürokratie die Zerstörung ihrer Organisation durch Massenstreiks befürchtet. So stellten sich die Gewerkschaften schließlich in den Dienst des Imperialismus, Gewerkschaftssekretäre werden Minister, wie z.B. Noske.

Stimmten die Bremer in dieser Analyse mit der Zentrale überein, so zogen sie doch unterschiedliche Konsequenzen. In der Zentrale wurde auch um diese Frage gerungen. Es setzte sich jedoch bald der Standpunkt durch, daß sich die kommunistischen Arbeiter nicht von der Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter isolieren dürfen, sondern innerhalb der Gewerkschaften eine kommunistische Fraktionsarbeit organisieren müssen. In einem Artikel, den der "Kommunist" von der "Internationale" übernahm, heißt es: "Im Kampf gegen ihre Feinde kann die revolutionäre Arbeiterschaft nicht durch Bestimmungen des Statuts gehemmt werden. Wenn es nicht anders geht, wenn alle Mittel fehlschlagen, so muß der Feind geschlagen werden, auch wenn die Organisation zerstört werden muß. Wenn es andererseits irgendetwas möglich ist, den Organisationsapparat ohne ihn zu zerstören, dem proletarischen Emanzipationskampfe dienstbar zu machen, so soll kein Schritt und kein Mittel unbenutzt gelassen werden, dieses Ziel zu erreichen."<sup>15)</sup>

Karl Becker zog für die Bremer den Schluß, daß es zur Spaltung kommen müsse, weil die Bürokratie unüberwindbar sei. In diesem Sinne wurden Bremer Richtlinien zum Kampf in den Gewerkschaften im "Kommunist" veröffentlicht.

Gestützt auf den breiten Unwillen gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung, der bei den kommunistisch orientierten Arbeitern besonders tief saß, glaubten die Bremer Linksradiكالen ihre Erfahrungen aus der Lösung von der Sozialdemokratie in Bremen auf die Gewerkschaften übertragen zu können. So beschloß Ende Juli 1919 die Mitgliederversammlung, eine eigene wirtschaftliche Kampforganisation, eine Einheitsorganisation, die die berufsständische Gliederung der Gewerkschaften überwinden sollte, zu gründen. Mit dieser Politik verloren die Kommunisten im DMV und im Holzarbeiterverband die Mehrheit und die kommunistischen Funktionäre wurden abgewählt. Bis Januar 1920 setzte jedoch ein steter Aufbau der Allgemeinen Arbeiterunion ein. 7000 Mitglieder zählte die AAU in Bremen schließlich. Die Bremer wollten die AAU als revolutionäre Massenorganisation für ökonomische Kämpfe aufbauen - im Gegensatz zu an-

---

15 M.J. Braun, Gewerkschaft, Partei, Arbeiterrat

deren Strömungen im Reich, die wie Lauffenberg eine syndikalistische Organisation aufbauen wollten. In der Praxis zeigte sich jedoch, daß die neue Organisation die alten Gewerkschaften nicht ersetzen konnte. Die Streiks bei Hansa Lloyd und bei der Nordd. Waggonfabrik deckten die wirtschaftliche Schwäche der AAU auf, die Mühe hatte, eine gleichhohe Unterstützung wie die Gewerkschaften zu zahlen. Diese praktische Erfahrung führte zu einer Enttäuschung und Abwanderung aus der AAU.

In der Bremer Partei setzte sich die Erkenntnis durch, daß die AAU nicht zu einer Stärkung der Kommunisten führte. Im Gegenteil: es zeichnete sich eine Isolierung ab. Die reformistisch orientierten Arbeiter standen aus Tradition zu ihrer Organisation und schoben den Kommunisten mit dem Argument der Spaltung die Schuld für Mißerfolge in die Schuhe. Lenin schaltete sich mit seiner Broschüre: "Der Linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" in den Diskussionsprozeß in der gesamten KI ein.<sup>16)</sup>

Während sich die AAU auf Reichsebene an der KAPD orientierte, standen die Bremer zur KPD. Erfahrungen und Erkenntnisprozeß mit der AAU führten im Sommer 1920 zu ihrer Auflösung in Bremen. Die Bremer Parteiorganisation forderte jedes Mitglied auf, in die Gewerkschaften einzutreten. Der Einfluß in den Gewerkschaften erreichte einen nicht wieder erlangten Höhepunkt. Die Erfolge dieser Arbeit machten es notwendig, ein parteieigenes Gewerkschaftsbüro einzurichten, das von Adolf Ehlers<sup>17)</sup> und D. Büsing geleitet wurde.

In krassem Gegensatz zu der Taktik der KPD unter ihrer Brandler-Thalheimer-Führung und dem linksradikalen Kader stand der von der Zentrale in Bremen eingesetzte Eugen Eppstein. Er versuchte ganz bewußt, den Graben zu den sozialdemokratischen Klassengenossen aufzureißen. In einer Rede am 1. Mai 1923 bezeichnete er z.B. alle Sozialdemokraten als "Schweine".

---

16 Lenin, Ausgewählte Werke, Band III, Berlin 1961

"Nicht in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten heißt, die ungenügend entwickelten oder rückständigen Arbeitermassen dem Einfluß der reaktionären Führer, der Agenten der Bourgeoisie, der Arbeiteraristokraten oder der "verbürgerten" Arbeiter überlassen"(S.423). "Denn die ganze Aufgabe der Kommunisten besteht darin, daß sie es verstehen, die Rückständigen zu überzeugen, unter ihnen zu arbeiten und sich nicht durch ausgeklügelte, kindische "linke" Losungen von ihnen abzusondern." (424)

17 Adolf Ehlers kam als kaufmännischer Gehilfe durch seinen Schwager Willi Deisen 1918 zur kommunistischen Bewegung. 1928 KPD, 1932 SAP, 1945 als Mitglied der KPD im Bremer Senat, 1946 wechselte er zur SPD und brachte es als Sozialdemokrat bis zum Innensenator und Bürgermeister Bremens.

Durch sein provokatorisches Auftreten entstanden erhebliche Spannungen in der Bremer Organisation. Die in den Betrieben tätigen Funktionäre wandten sich entschieden gegen Eppstein. Jüngere Genossen, ohne die Klassenkampf Erfahrungen aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg und radikalisierte Sozialdemokraten, die durch die Vereinigung der KPD mit der USPD zur kommunistischen Bewegung gestoßen waren, konnte er jedoch für sich gewinnen. Sie glaubten, durch ihren "revolutionären" Einsatz, der nur ein Scheinradikalismus war, den Reformismus überwinden zu können. Nach der politischen Niederlage der KPD im Oktober 1923 entfachte sich in der Partei eine Diskussion um die Ursachen des Mißerfolges. Die Ultralinken in der Zentrale um Fischer-Maslow bauten die Oktoberlegende auf, die besagte, daß 1923 in Deutschland die gleiche revolutionäre, reife Situation wie 1917 in Rußland bestanden habe, und daß die damalige Zentrale der KPD mit Heinrich Brandler an der Spitze, jedoch den Sieg verhindert habe. Der aus der Schule Pannekoeks und Kniefs hervorgegangene Bremer Parteikader widersetzte sich dieser falschen Auffassung, da er diese "reife" Situation selber in den Betrieben erlebt hatte. Eppstein benutzte diese kritische Situation, die für die KPD dadurch fatal wurde, daß sie in den Strudel der fraktionellen Auseinandersetzungen der KPdSU hineingezerrt wurde, um den alten, marxistisch geschulten, im Klassenkampf erfahrenen, linksradikalen Kader zu schwächen. Nach der Durchsetzung neuer Statuten, die eine stärkere Zentralisierung mit sich brachten, konnte er fünf führende Bremer Funktionäre wegen ihrer Kritik an der ultralinken Politik ausschließen, u. a. Willi Deisen, J. Brodmerkel, L. Stein und A. Ehlers.<sup>18)</sup> Auch die zu der Zeit außerhalb Bremens tätigen Mitglieder des alten linksradikalen Kadern Karl Stucke, Josef Miller, Karl Jannack, Karl Becker und Paul Frölich gerieten in Gegensatz zur Politik Fischer-Maslows und ab 1925 zu der des ehemaligen USPDlers Thälmann. Sie alle kämpften unentwegt in der KPD und anschließend der größte Teil in der KPO gegen die verheerende Auswirkung der ultralinken Politik: die Abtötung des kritischen Denkens im Funktionärskreis, und für eine unabhängige, den realen deutschen Verhältnissen entsprechende Politik der kommunistischen Partei Deutschlands.

Zum Fazit der Entwicklung der KPD schrieb die "Arbeiterpolitik" in Nr. 2/54: "Von der höchsten Höhe, die die kommunistische Partei eines hochentwickelten Landes je erklimmte, stürzte die KPD in den tiefsten Abgrund. Hier aber liegt das Element der Einkehr, des siegreichen Wiederaufstiegs. Wenn jemals wieder der belebende Funke der Massenbewegung die deutschen Arbeiter zu neuen Taten entzündet, wenn jemals wieder die Urgewalten hervorbrechen, die im Schoße jeder Klasse schlummern, die Trägerin der Zukunft ist, dann wird die Vorhut der Klasse, reifer und geläutert durch bittere Erfahrungen, als das Unterpfland ihres Sieges hegen und pflegen, was das Herzblut der Bewegung ist - ihre politische Selbständigkeit."

18 Nach einem Jahr Ausschluß wurden die vier wieder in die Partei aufgenommen. Deisen kandidierte 1924 wieder für die KPD in der Bürgerschaftswahl.

## Ein Mann in seiner Zeit

Folkert Potrykus, Bremerhavener Arbeiter, hatte alle Irrungen der KPD mitgemacht, war im KZ geschunden worden und zog erst bei den »Titoisten«-Prozessen einen Trennungsstrich zur KPD. 1956 schrieb er in der »Arbeiterpolitik« anlässlich des 75. Geburtstages von Heinrich Brandler folgende Zeilen über die schwierige Anfangsphase der KPD:

*Wir hatten die ersten Schritte hinter uns. 1916. Aufnahme der Verbindung zu den »Bremer Linksradikalen« und illegaler Vertrieb der »Arbeiterpolitik« und der »Jugendinternationale« in den Rüstungsbetrieben, unter den Soldaten und den Matrosen und Heizern der Kriegsmarine. Im Mai ertönte die Stimme Karl Liebknechts über den blutgetränkten Schützengräben und erreichte die Herzen und Hirne der sich zerfleischenden Völker. In den grauen Januartagen des beginnenden Kohlrübenjahres 1917 schlug die Flamme des Munitionsarbeiterstreiks über ganz Deutschland.*

*Dieser politische Massenstreik gegen den imperialistischen Krieg hatte auch die Werften unserer Stadt zum Erliegen gebracht und die U-Boote rosteten auf den Hellingen. Aber hart und schwer schlug die Faust der Kriegsjustiz in unsere sozialistische Gruppe. Gefängnis und Strafversetzungen an die Front. Das Jahr 1918 schien endlich Erlösung zu bringen. Wir waren, mit Ausnahme von einigen alten sozialistischen Kämpfern, alle blutjung. Auch blutung an Kampferfahrung und mit den ungekünstelten Empfindungen der Jugend angefüllt. Wir weinten in Schmerz um unsere ermordeten Karl und Rosa. Aber voller Wut und Begeisterung gebrauchten wir im Februar 1919 unsere Waffen und Argumente im Kampf um die Räterepublik Bremen.*

*Im aussichtslosen militärischen Kampf einer Bastion beraubt, wollten wir unseren Totfeinden und ihren Helfershelfern politisch keinerlei nachgeben. Keine Kompromisse mit den sozialdemokratischen Machthabern, kein parlamentarischer Kuhhandel! Neue, »reine« Kampfgewerkschaften, das war unser Programm. Wir gründeten den »Deutschen Schifffahrts-Bund« und für die Landbetriebe die »Allgemeine Arbeiter-Union«. So mußte doch alles klar gehen, meinten wir. Unsere Berater waren Otto Rühle, ein Kampfgefährte Karl Liebknechts, und von Hamburg kamen des öfteren Wolffheim und Laufenberg. Letztere beiden endeten später in der politischen Finsternis des sogenannten »Bundes der Kommunisten«. Untertitel: »Bund der Offiziere, Arbeiter und Soldaten«, einem nationalbolschewistischen Sammelsurium.*

*Unseren Delegierten zum Heidelberger Parteitag der KPD (Spartakus-Bund) wurde eingeschärft, ja nicht umzukippen, sondern auf unserem »Programm« zu beharren. Das taten sie denn auch und wir waren monatelang abgehängt. Der erste, der versuchte, uns den mühseligen Weg der Arbeiterklasse zum Sozialismus damals zu erklären, war Heinrich Brandler. Er ließ einen großen Saal mieten, brachte einen Versammlungsleiter, den jungen Genossen Fritz Globig (später Redakteur in Bremen), gleich mit und die Aussprache im proppenvollen Saal begann. Zuerst war die Suppe, in die Heinrich Brandler seine Finger hineingesteckt hatte, sehr heiß. Ein Matrose mit einer roten Kokarde vor der Tellermütze machte sich zum Wortführer des Weges der reinen, »unverfälschten Revolution« und gab sein Erstaunen kund mit den Worten, daß man »den alten, robusten Spartakusmann Heinrich Brandler gar nicht wieder erkenne«. Bis nach Mitternacht ging die Diskussion, und erst die späteren Ereignisse, die unser Wunschgebilde restlos zerfledderten, ließen in uns Erkenntnisse reifen.*

*Nach diesem bedeutsamen politischen Intermezzo holten sich die Parteigruppen aus der nordwestdeutschen Ecke und der Wasserkante Gewißheit aus der Sowjetunion. Weil unsere Delegierten von der offiziellen Delegation der Parteimehrheit abgehängt waren, wählten sie einen dramatischen Reiseweg. Sie gingen nachts auf einen fahrbereiten großen Fischdampfer an Bord. Die Matrosen, Heizer und Maschinisten waren Genossen, nur der Kapitän nicht. Als der gute Mann nun bis nach Norwegen gedampft war und nach Island hinauf wollte, um seine Schellfische zu fangen, erschienen aus der Tiefe des Mannschaftslogis die Matrosen mit den drei Delegierten*

auf der Brücke und machten ihm klar, daß er mal eben steuerbords halten und nach Archangelsk fahren müsse. So fuhr der Fischdampfer »Senator Schröder« gottgegeben dorthin.

Die Delegierten sahen wir vorerst nicht wieder, denn auf sie lauerte der republikanische Staatsanwalt. Aber im selben Jahr erschien die Schrift Lenins: »Der »Radikalismus«, die Kinderkrankheit des Kommunismus«. – Wir hatten Antwort und wer halbwegs denken konnte, der wußte nun um unsere Aufgaben.



Ehrenmal für die Gefallenen der Bremer Räterepublik, 1922 an der Grabstätte auf dem Waller Friedhof errichtet, geschaffen von dem Bildhauer Bernhard Hoetger. Spenden der Arbeiter ermöglichten die Errichtung des Ehrenmals. Die Nazis zerstörten es im April 1933.

#### **Am 4. Februar fielen im Kampf gegen die Gerstenberger:**

Anton Ahlers  
Wilhelm Max Ludwig Becker  
Paul Ferdinand Böttcher  
Friedrich Curdt  
Otto Ewald  
Robert Erhard  
Johann Heinrich Ehmken  
August Galinecke  
Willi Glock  
Friedr. Wilhelm Henze  
Heinr. Hermann W. Hoffmann  
Joh. Imber  
Diedrich Kuhls  
Anton Heinr. Krüger  
Karl Kirschmann  
Joh. Dietr. Friedr. Kothe  
Karl Aug. Rich. Mesecke  
Joh. Meyer  
Rud. Prüter  
Wilh. Rob. Pietsch  
Erwin Rieger  
Friedr. Karl Sturhahn  
Karl Joh. Schikurz  
Karl Robert Schneider  
Bernh. Heinr. Tränser  
Heinr. Wind gen. Schramm  
Hermann Wallenstein  
Heinr. Wessel  
Wilhelm Wasserstraß  
Wilh. Zielke

Verwertetes Material:

Bremer Bürgerzeitung, Organ für die Interessen des Volkes

Bremen einst und jetzt

Hinrich Wulff: Geschichte und Gesicht der bremischen Lehrerschaft

Hansgeorg Conert: Entstehung, Politik und Theorie der Bremer Linken  
(unveröffentlicht)

Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution

Breves: Bremen in der deutschen Revolution

Arbeiterpolitik, Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Der Nachruf Dannats ist aus der "Arbeiterzeitung", August 1922

Wilhelm Eilderemann: Jugend im 1. Weltkrieg

Die erste Auflage dieser Broschüre ist erschienen zum 50. Todestag Johann Kniefs im April 1969



